



Protokoll

28. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 14. November 2016, 19:00 Uhr bis 21:47 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag 15/2014 des Stadtrates: Volksinitiative «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen»
- 4 Antrag 70/2016 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2015
- 5 Antrag 78/2016 des Stadtrates: Regionale Standortförderung RZO
- 6 Postulat 538/2015 von Walter Meier (EVP), Mary Rauber (EVP), Ursula Räuftlin (Grünliberale), Wolfgang Harder (CVP) und Ivo Koller (BDP): Kunststoffabfälle separat sammeln, Bericht und Antrag des Stadtrates
- 7 Postulat 575/2016 von Richard Sägesser (FDP): Konkretisierung Schulraumstrategie für Uster
- 8 Postulat 576/2016 von Daniel Pellegrini (FDP): Erstellen eines Parkhauses im Buchholz sowie eines Sport- und Tagungshotels
- 9 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz Hans Keel, Präsident
Protokoll Daniel Reuter, Parlamentssekretär

Anwesend 36 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)

Stadtrat Werner Egli, Stadtpräsident
Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen
Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau
Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung
Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales
Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit
Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber

Presse Raphael Brunner, AvU
Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst insbesondere Bürgerrechtsbewerbende auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär (absolutes Mehr 18).

Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Tagesordnung verlangt.

Fraktionserklärungen

Für die Grüne-Fraktion verliest Patricio **Frei** folgende Fraktionserklärung: *Uster hat es geschafft: Wir sind Energiestadt Gold!*

Einerseits hat uns Grüne diese Meldung gefreut. Vor allem wenn man die Begründung in der Medienmitteilung liest: „Dieser [Titel] ist ein Leistungsausweis für eine nachhaltige kommunale Energiepolitik. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen.“ Da sehen auch wir gerne unsere Stadt im Goldglanz erstrahlen. Bisher haben in der Schweiz erst 41 Gemeinden diese Auszeichnung erhalten – ein erlauchter Kreis! Den Titel Energiestadt Gold haben wir vor allem Stadtrat Thomas Kübler zu verdanken. Gerade wenn man mit anderen Gemeinden in der Region vergleicht, wird klar: Sein Engagement für dieses „Label“ ist überhaupt nicht selbstverständlich und umso lobenswerter.

Andererseits stellt man sich als Grüner auch die Frage, was ist eine solche Auszeichnung überhaupt wert? Vor allem wenn man sich die Liste der verpassten Chancen und Möglichkeiten der Stadt Uster in den letzten Jahren zu Gemüte führt:

Gold wäre es für uns Grüne, wenn heute auf den Dächern des Heims im Dietenrain und auf dem Schulhaus Oberuster – wie versprochen – Solaranlagen stehen würden.

Gold wäre, wenn die Stadt Uster sich bei ihren Bauvorhaben am „Label“ Minergie P orientieren würde, statt wie beim Schulhaus Krämeracker nicht einmal Minergie zu erfüllen.

Gold wäre kein Gebäude ohne Isolation, wie die Temporär-Turnhalle.

Gold wäre es für uns Grüne, wenn in unserer Stadt Neubauten auf erneuerbare Energien und hoher Wärmedämmung setzen und Altbauten entsprechend saniert würden.

Gold wäre für uns Grüne eine fussgängerfreundliche Zone, mehr Sicherheit und Platz für die Velofahrerinnen und Velofahrer statt gratis Autoparkplätze im Zentrum.

Gold wäre eine Sportanlage Buchholz, die gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen wäre statt nur von ihm am Rand gestreift zu werden.

Gold wäre ein Globalbudget mit Versprechungen im energetischen Bereich ohne Wenn und Aber – und vor allem ohne den Zusatz „sofern wirtschaftlich tragbar“.

Gold wäre es für uns Grüne, wenn der Stadtrat unseren Wald nicht für den Kiesabbau roden würde.

Gold wäre es, wenn der Energieplan nicht bloss ein Papiertiger wäre.

Gold wäre, wenn die Stadt Uster flächendeckend Kunststoffabfälle sammeln würde.

Gold wäre es, wenn Uster den Nachhaltigkeitsartikel umsetzen würde und mit der Reduktion von Ressourcen und Treibhausgasen einen echten Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz leisten würde.

Gold wäre ein mutig vorausschauend handelndes Uster.

Und so kommt uns Grünen bei Energiestadt Gold unweigerlich ein altes Sprichwort in den Sinn, das in diesem Zusammenhang leicht abgeändert besonders gut zutrifft: Nicht alles Gold glänzt!

Uster hat „Steigerungspotential“. Das hat auch Thomas Kübler im Interview mit dem Anzeiger von Uster anerkannt. Nutzen wir es, statt es weiterhin zu vertändeln.

Für die Grüne-Fraktion verliest Patricio **Frei** folgende Fraktionserklärung: *Am 8. Februar 2016 hat der Gemeinderat mit dem Antrag 45/2015 den Gestaltungsplan „Untere Farb“ gutgeheissen. Dagegen wurde das Referendum erhoben. Die nötigen Unterschriften wurden fristgerecht eingereicht und von der Stadt Uster für gültig erklärt. Die Abstimmung dafür ist für den 12. Februar 2017 vorgesehen.*

Doch nun will der Stadtrat von Uster mit dem Antrag 79/2016 eine neue Ausgangslage schaffen. Damit würde eine Urnenabstimmung obsolet, heisst es. Nötig sei dafür einzig, dass der Gemeinderat diesem Antrag zustimmt.

Anderer Ansicht ist das Gemeindeamt des Kantons Zürich. Dieses erklärt, dass es bei einem Referendum zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss. Dafür gebe es keine Ausnahme. Auf Nachfrage schreibt das Gemeindeamt heute: „Das Verfahren hat seinen Lauf zu nehmen. Im Verfahrensrecht zur Behandlung von Referenden kommt den Gemeinden keine Autonomie zu.“

Weder dem Stadtrat noch dem Parlament von Uster steht es zum derzeitigen Verfahrensstand zu, die angeordnete Volksabstimmung zu widerrufen. Mit dem vom Stadtrat beabsichtigten Vorgehen würde m. E. das Stimmrecht der Stimmberechtigten verletzt."

Weiter ist im Mail von „unzulässigem Antrag des Stadtrates" die Rede und davon, dass das Parlament nicht zuständig sei, „über einen Antrag auf Wiedererwägung des Parlamentsbeschlusses zu befinden, nachdem die Urnenabstimmung bereits angeordnet wurde".

Demzufolge erachten wir Grünen eine weitere Behandlung von Antrag 79/2016 vor der Abstimmung am 12. Februar 2017 in der Kommission Planung und Bau und im Gemeinderat als nicht angebracht. Dafür ist nach der Abstimmung ausreichend Zeit.

1 Mitteilungen

Auf Antrag des Stadtrates hat die Geschäftsleitung mit Zirkularbeschluss vom 5. Oktober 2016 die Frist für die Antwort auf die Anfrage 578/2016 von Deborah Bernhard (SVP): Zur aktuellen Situation in der Schulverwaltung bei der Primarschule Uster bis 30. November 2016 verlängert.

Der Bezirksrat Uster hat mit Beschluss vom 18. Oktober 2016 die Beschwerde von Jürg Gösken (parteilos) gegen den Gemeinderat betreffend Abwahl als Stimmenzähler, als Präsident der Kommission Soziales und Gesundheit und als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2015) abgewiesen (vergleiche Seite 500). Der Entscheid kann an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden und ist darum noch nicht rechtskräftig.

Für die Mitglieder des Gemeinderates ist auf Montag, 23. Januar 2017, 18 Uhr bis 18:45 – vor der Ratssitzung – eine Information des Stadtrates zur Dualstrategie, Stand der Umsetzung, vorgesehen.

Stadtschreiber Hansjörg Baumberger ist am 10. November 2016 zum Stadtschreiber von Wil (SG) – auf Ende Mai 2017 – gewählt worden. Der Präsident gratuliert im Namen des Gemeinderates.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 27. Sitzung des Gemeinderates vom 26. September 2016 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag 15/2014 des Stadtrates: Volksinitiative «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen»

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die KPB hat den vorliegenden Antrag am 5. Januar 2015 ein erstes Mal beraten. Da es sich um eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung handelt, drehte sich die Diskussion oft um grundsätzliche Fragen, gelegentlich ging man aber auch auf Detailspekte zur möglichen Ausführung ein.*

Nach einer Einleitung mit Formellem und Hinweisen zum Wohnungsmarkt wurden auch die Auswirkungen der Änderung des Planungs- und Baugesetzes sowie aktuelle Massnahmen der Stadt Uster thematisiert.

Als die Auswirkungen der Initiative eingeflochten wurden, entwickelte sich ein mehrheitlicher Grundtenor, wonach die geforderten CHF 10 Millionen Stiftungskapital für Uster ein nicht unwesentlicher Betrag darstellen würden, für die Zweckverfolgung dann jedoch wiederum ein viel zu kleiner Betrag wären, was nicht zielführend sei. Es wurde erwähnt, dass man die 10 Millionen auch als Grundkapital für eine Hebelwirkung einsetzen könnte, was den Effekt vergrössern würde. Ganz grundsätzlich wurde natürlich auch die Frage gestellt, ob die Aufgaben der Initiative überhaupt Sache der öffentlichen Hand sind.

Schon bald wurde angetönt, dass seitens der SP ein Gegenvorschlag eingebracht werden könnte, was aber eine Verschiebung der Diskussion verlangen würde. Per Ordnungsantrag wurde das Geschäft entsprechend vertagt.

Etwas später, am 22. August 2016, lag der Gegenvorschlag vor und die Beratung konnte am 12. September 2016 fortgesetzt werden. Der Stadtrat bekräftigte erneut seine Ablehnung der Initiative und des neuen Gegenvorschlags. Es entwickelte sich eine Diskussion betreffend vorhandenem bezahlbarem Wohnraum, Auslegung von Begriffen in der Initiative, wie auch von solchen im Gegenvorschlag. Und ob der Stadtrat seinen eigenen Zielen in der Dualstrategie auch nachkommt, oder ob es hier noch Nachdruck bedarf. Mit einem Ordnungsantrag wurde das Geschäft nochmals vertagt und die Beratung am 3. Oktober 2016 fortgesetzt.

Auch während dieser Sitzung blieben die Voten und Positionen eigentlich gleich. Der Gegenvorschlag wurde noch präzisiert und lautete schlussendlich: „Die Stadt Uster soll sich zur Förderung preisgünstiger und ökologisch hochwertiger Wohnungen und Gewerberäume verpflichten. Die Gemeindeordnung sei entsprechend zu ergänzen.“

Dazu wurde angetönt, dass der Gegenvorschlag die Dualstrategie der Stadt Uster vorwärts bringen und eine aktive Politik der Stadt erreichen würde. Kritische Anmerkungen ergaben, dass damit eine Vermischung zwischen Objekt- und Subjektsubventionierung folgen und dass auch dieser Gegenvorschlag schlussendlich nur zur Ausschüttung von finanziellen Mitteln führen würde. Auch der Ausdruck "nichtssagend" fiel zum Gegenvorschlag. Aus Sicht des Stadtrates wurde betont, dass man die Dualstrategie nicht in losgelösten Einzelpunkten in die Gemeindeordnung schreiben sollte.

Der Gegenvorschlag wurde in der KPB mit 3:6 Stimmen abgelehnt.

Weiter wurde ein Antrag für eine Umsetzungsvorlage gestellt, damit der Stadtrat zuerst darlegen solle, wie die Initiative in der Praxis aussehen würde. Dieser Antrag unterlag dem stadträtlichen Antrag mit 3:6 Stimmen.

Gemäss der Schlussabstimmung empfiehlt die KPB mit 6:3 Stimmen dem Gemeinderat, den unveränderten Antrag des Stadtrates anzunehmen.

In der RPK wurde die Vorlage am 31. Oktober 2016 behandelt. Von Seiten des Stadtrats wurde nochmals betont, dass die verlangten Mittel als Fremdkapital aufgenommen werden müssten und sich die Stadt zusätzlich verschulden müsste. Das Kapital würde voraussichtlich tatsächlich abfließen und nicht nur umgebucht werden. Die Initiative wurde nochmals als nicht zielführend bezeichnet.

Die Beschaffung der CHF 10 Millionen an sich ist gemäss der Verwaltung durchaus machbar, allerdings müssen Schulden auch wieder zurückbezahlt werden und die Gesamtverschuldung muss im Auge behalten werden.

In der Diskussion erfolgte der erneute Hinweis auf eine mögliche Hebelwirkung der 10 Millionen, die jedoch angezweifelt wurde. In der klassischen RPK-Frage nach dem Kosten- und Nutzenverhältnis ergab sich, wie in der KPB, ein mehrheitlicher Grundtenor, dass mit viel Einsatz wenig erreicht würde.

Es stellte sich noch die Frage nach der Zulässigkeit der Finanzierung von Gewerberäumen, die Ansichten gingen hier auseinander.

Der Gegenvorschlag wurde in der RPK zur Information kurz präsentiert, aber nicht als Antrag gestellt.

Die RPK empfiehlt mit 6:3 Stimmen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla **Famos**, nimmt Stellung: *Der Stadtrat hält weiterhin an seinem Antrag fest und lehnt auch den Gegenvorschlag ab. Die Volksinitiative bindet viele Mittel für wenige Menschen. Es wird nicht klar unterschieden zwischen sozialem und gemeinnützigem Wohnraum. Die Stadt Uster müsste sich zusätzlich verschulden, damit eine kleine Zahl von Einwohnern privilegierten Wohnraum zur Verfügung gestellt bekommt. Wir verweisen auf die Antwort des Stadtrates zur Anfrage 583/2014. Im Vergleich mit anderen Gemeinden steht die Stadt Uster gut da. Das Erstellen von Gewerberäumen ist in diesem Zusammenhang keine Aufgabe für die Stadt. Und wie soll dann dieser Gewerberaum verteilt werden? Auch beim Gegenvorschlag haben wir weiterhin diese Probleme. Bereits heute setzt sich der Stadtrat für qualitativ guten und bezahlbaren Wohnraum ein. Siehe dazu unsere Dualstrategie. Nur ein einziges Ziel in die GO zu schreiben, wie vom Gegenvorschlag vorgesehen, ist nicht das richtige Instrument und darum unnötig. Der Leerwohnungsbestand hat sich leicht erhöht, es gibt mehr und bezahlbaren Wohnraum auf dem Markt. Auf diesem Weg möchte der Stadtrat weiter gehen: Wir wollen Rahmenbedingungen so setzen, dass sowohl Wohnungen von Genossenschaften als auch von grossen institutionellen Investoren erstellt werden. Gerade deren Anteil darf hier nicht unterschätzt werden. Die einfachste Art günstigen Wohnraum bereitzustellen ist die gezielte Subventionierung einzelner Wohnungen mit klaren Einkommensgrenzen, die aber regelmässig kontrolliert werden müssen. Damit können nachweislich diejenigen unterstützt werden, die darauf angewiesen sind. Darum beantragt der Stadtrat Ablehnung der Volksinitiative und Ablehnung des Gegenvorschlags.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Insbesondere das meistgehörte Argument des vielen Geldes für wenig Wirkung und die dadurch nur mangelhafte Zielverfolgung hat auch für die SVP/EDU-Fraktion den Ausschlag gegeben, die Initiative abzulehnen. Es ist unseres Erachtens zudem einfach nicht fair, wenn ein paar Wenige auf Kosten der Allgemeinheit eine Wohnung subventioniert bekommen. Sowieso ist es nicht ersichtlich, weshalb die öffentliche Hand, beziehungsweise der Steuerzahler, als eigene, direkte Aufgabe für günstige Wohnungen zuständig sein soll. Mit den letzten Gestaltungsplänen haben wir den gemeinnützigen Wohnungsbau durchaus deutlich unterstützt. Das ist der richtige Weg für uns.*

Die Stadt soll gemäss Dualstrategie verfahren. Die SVP/EDU-Fraktion wird gemäss dem Antrag des Stadtrates stimmen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Es ist ungewöhnlich, dass nicht zuerst die Urheber der Volksinitiative zu Wort kommen können. Die steigenden Mietpreise im Kanton Zürich sind eine Tatsache. Erst kürzlich, im Oktober 2016, berichtete „10 vor 10“ im "Fokus" über drastisch hohe Mieten und die damit verbundenen sozialen Probleme, darauf folgte ein Artikel zur gleichen Thematik in der NZZ. Wer bereits in Uster eine Wohnung gesucht hat, ohne über das Budget eines gestandenen Gemeinderates im besten Alter zu verfügen, erlebt dies am eigenen Leibe, ich spreche hier aus Erfahrung. Auch der Stadtrat sorgt sich darum, dass Uster zur Schlafstadt verkommen könnte und setzt sich dafür ein, das Zentrum zu beleben und mehr junge Bevölkerung nach Uster zu holen oder wenigstens die hier aufgewachsenen Jungen auch hier zu behalten. Ein Ziel, das wir Grünen absolut teilen und im Gegensatz zum Stadtrat auch bereits sind, die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen.*

Viele Junge ziehen aus Uster weg – aus Wohnungsnot. Wenn sich in Zürich Studierendenzimmer und subventionierte Wohnungen finden, die zudem im Zentrum liegen, warum dann in Uster bleiben? Neu erstellte Wohnungen in Uster sind ihren Preis zwar durchaus wert, jedoch für Studierende und Menschen mit geringerem Einkommen kaum erschwinglich, man sehe sich die Gebiete im Loren oder die neuen Wohnungen im Zellwegerareal an. Solche Menschen brauchen nicht mehr Quadratmeter pro Kopf, sondern einen Mietpreis, den sie sich leisten können. Der Stadtrat argumentiert nun, dass es bereits 6.2 % Genossenschaftswohnungen und zudem für Sozialhilfebezüger und Sozialbezügerinnen subventionierte Wohnungen gäbe. Soweit, so gut, doch hier herrscht offenbar ein Missverständnis. Es gibt auf der Welt und insbesondere in Uster tatsächlich nicht nur Sozialhilfebezüger und Sozialhilfebezügerinnen und gestandene Gemeinderäte im besten Alter in finanziell sorgloser Lage. Es gibt auch noch jene dazwischen – und sie machen laut Statistiken die Mehrheit der Bevölkerung aus. Ich spreche von Alleinerziehenden, Studierenden, Menschen in einer Ausbildung, Handwerker und Handwerkerinnen, betagte Menschen – all jene, die tendenziell mit weniger Geld leben, ohne Sozialhilfe beziehen zu müssen. Und genau dieser Anteil fällt durch das Netz der Sozialhilfe und der Genossenschaftswohnungen. Einerseits, weil jene nicht über das für eine Genossenschaft nötige Startkapital verfügen, andererseits, weil in Genossenschaften auch sehr selten etwas frei wird – wer da ist, der bleibt. Um das Vakuum für genau diesen Anteil der Bevölkerung zu füllen, braucht es unsere Initiative.

Mit der Gründung einer Stiftung soll die Stadt mehr Mittel für den Wohnungsbau und Geschäftsräume erhalten. Wenn ich hier gewisse Voten höre, wonach das etwas Ungehöriges sein soll, erstaunt mich das sehr. Das Instrument einer Stiftung hat sich in Zürich bereits mehrfach bewährt – so wurde die gleichlautende, jedoch CHF 80 Millionen fordernde Initiative in Zürich vom Gemeinderat zur Annahme empfohlen und dann vom Stimmvolk angenommen. Eine Stiftung löst die notwendigen zusätzlichen Investitionen aus und muss gleichzeitig dafür sorgen, dass das Stiftungskapital erhalten bleibt. Da wir uns ausserdem seit Kurzem Energiestadt Gold nennen dürfen und im Gebäudereich noch ein massives Energiesparpotenzial liegt, dürfte sich die Initiative perfekt in die Strategie des Stadtrates, dem „Goldlabel“ gerecht zu werden, Uster zu beleben und auch für Junge attraktiv zu machen, einfügen. Wir Grünen freuen uns, wenn sie die Initiative unterstützen.

Für die FDP-Fraktion referiert Jürg **Krauer**: Die Volksinitiative der Grünen kommt ganz nach dem Motto „Gegensätze ziehen sich an“ daher. So heisst es im Initiativtext:

„Die Stiftung soll preisgünstige und ökologisch vorbildliche Wohnungen sowie Gewerberäume in der Stadt Uster erhalten und schaffen.“

Aufgrund der steigenden Wohnbevölkerung und durch den Umstand, dass die noch verfügbaren Landreserven endlich sind, wird die verfügbare Fläche für Wohnbauten verhältnismässig immer kleiner werden. Als Folge werden die Bodenpreise zunehmen, diese Mehrkosten müssen auf die Wohnkosten abgewälzt werden. Die Mietpreise werden also steigen!

Wird der Wohnraum immer knapper, muss, da der Bedarf ja nicht unbedingt sinken wird, eine Verdichtung stattfinden. Dies macht aus ökologischer Überlegung Sinn. Die Volksinitiative verlangt nun aber „ökologisch vorbildliche Wohnungen“, das heisst, deutlich ökologischer als der Standard, quasi auf dem neuesten Stand der Technik. Dass diese unvernünftige Forderung ein weiterer sehr hoher Kostentreiber ist, kann niemand ernsthaft abstreiten. Die Mietpreise müssen als gezwungenermassen weiter ansteigen.

Den „EcoViva“-Initianten ist diese Problematik der steigenden Mieten natürlich bewusst, und hier muss jetzt die Stadt Uster einspringen. Denn die Wohnungen sollen ja auch preisgünstig sein, was der Forderung nach ökologisch vorbildlichem Wohn- und Gewerberaum diametral entgegenläuft. Dieser Spagat soll nun durch den Steuerzahler mit 10 Millionen Franken finanziert werden? Ein sehr hoher Betrag für die Kasse der Stadt Uster, welcher allerdings kaum Wirkung zeigen würde. Die Stadt Uster könnte selber bauen oder zum Beispiel Land im Baurecht abgeben, die Wirkung dürfte aber sehr minimal sein, wenn man bedenkt, dass man heute mit 10 Millionen nicht mehr allzu viele Wohnungen bauen kann. Man könnte aber natürlich auch Geld aufnehmen. Da aber die Rendite bei Genossenschaften und Stiftungen im Allgemeinen relativ tief ist, dürfte die Hebelwirkung nicht allzu hoch sein und die 10 Millionen können nicht allzu stark vermehrt werden. Der eingesetzte Betrag ist also wohl nicht viel mehr als der berühmte Tropfen auf dem heissen Stein.

In Uster betrug die Leerwohnungsquote gemäss Statistischem Amt des Kantons Zürich am 1. Juni 2016 1.99 %. Zum Vergleich am gleichen Stichtag: Zürich 0.22 %, Winterthur 0.59 %. Die Anzahl leerer Mietwohnungen in Uster war an diesem Tag 303, nur rund 100 Wohnungen weniger als im zwölf Mal grösseren Zürich und ungefähr gleich viel wie im drei Mal grösseren Winterthur. Circa 95 % dieser leerstehenden Mietwohnungen in Uster sind älter als 2 Jahre, es handelt sich hier also bei den Leerwohnungen nicht um überteuerte Neubauwohnungen. In Anbetracht dieser Zahlen darf man also annehmen, dass der Markt spielt und man eine Wohnung finden sollte, auch im unteren Preissegment.

Der Markt ist aber nur die eine Seite, die Ansprüche der Wohnungssuchenden eine ganz andere. Dass sich Budget und Ansprüche der Wohnungssuchenden nicht unbedingt mit dem Marktangebot decken, ist durchaus möglich. Es kann aber absolut nicht Aufgabe der Stadt sein, diese verschiedenen Faktoren ins Lot zu bringen. Wenn der Wohnungssuchende sein Budget nicht erhöhen kann, ist eigentlich logisch, dass dieser dann die Ansprüche nach unten anpassen muss.

Dass es aber durchaus Fälle gibt, in welchen sowohl Ansprüche als insbesondere auch das Budget bereits sehr tief sind, ist unbestritten. In genau diesen Fällen soll die Stadt auch eingreifen. Daher verfolgt die Stadt Uster die Strategie der gezielten Unterstützung der Bedürftigen. Dass die Stadt Uster dies bereits heute sehr gut macht, zeigt der interkommunale Vergleich.

Das Modell der Baugenossenschaften ist grundsätzlich sehr sinnvoll. Allerdings müssen diese nicht aus Prinzip staatlich sein, sondern sollen vielmehr privat organisiert sein.

Aus Sicht der FDP ist die aktuelle Strategie darum der richtige Weg. Wir sind klar der Meinung, dass es keine zusätzlichen Massnahmen oder auch eine Festsetzung solcher Massnahmen in der Gemeindeordnung braucht. Beim Gegenvorschlag bemängeln wir auch die unklaren Umsetzungsmassnahmen. Wir lehnen daher sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab und stimmen dem stadträtlichen Antrag zu.

Für die SP-Fraktion referiert Karin **Niedermann**: *Für die SP-Fraktion ist die EcoViva-Initiative ein wichtiges und berechtigtes Anliegen. Allerdings sind wir wie der Stadtrat der Meinung, dass einerseits 10 Millionen Franken für eine Stiftung mit dem beabsichtigten Zweck zu wenig sind, um grosse Wirkung zu erzielen, andererseits ist es viel Geld, das so gebunden wird und dann für andere wichtige Anliegen fehlen könnte (Infrastrukturen, Kulturzentrum). Darum unser Gegenvorschlag mit dem gleichen Kernanliegen, aber ohne Stiftung. (vergleiche Seite 717)*

Auch wenn anderes behauptet wird, nein, daraus leitet sich keine finanzielle Forderung ab. Mit ‚Förderung von preisgünstig‘ ist die Förderung von gemeinnützigem, genossenschaftlichem Wohnungsbau gemeint. Es geht darum, dass sich der Stadtrat z. B. in zukünftigen Gestaltungsplänen und Wohnbauprojekten für preisgünstigen und ökologischen Wohnungsbau aktiv engagieren und wo möglich städtische Areale Baugenossenschaften für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen soll.

Auch wenn der Stadtrat behauptet, dass er sich schon immer für gemeinnützigen Wohnungsbau eingesetzt habe, die Fakten sind anders. Er hat den vagen Zusicherungen gegenüber der IG Baugenossenschaften Uster, dass er es ‚sich gut vorstellen könne‘ beispielsweise die Areale Hohfuren oder Apothekerstrasse für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen – Taten sind keine gefolgt. Und beim Zeughaus kamen erst auf Druck der SP wenigstens 50% statt 30% gemeinnütziger Wohnungsanteil in den Gestaltungsplan. Oder im Gestaltungsplan ‚Stadtpark‘: hier tat die Stadt lange keinen Wank, um das Anliegen ‚gemeinnütziger Wohnungsbau‘ in den Gestaltungsplan einzubringen – und argumentierte, dem privaten Bauherr keine solchen Vorschriften machen können und gar keine rechtlichen Möglichkeiten zu haben. Es war der Hartnäckigkeit der SP zu verdanken, dass schliesslich der private Bauherr sich um einen Lösung bemühte und nun – hoffentlich – die Baugenossenschaft Sunnige Hof gemeinnützige und damit preisgünstige Wohnungen bauen wird (Klammer: Wir müssen aber immer noch darauf vertrauen, dass das wirklich so wie versprochen zustande kommt, weil ja die Stadt, käme es anderes heraus, ja leider nichts in der Hand hätte, um das wirklich durchzusetzen!). Eine Verankerung in der GO wie wir das fordern, gäbe von Anfang an eine andere Ausgangslage.

Die Stadt freut sich – zu Recht – darüber, eine Energie-Goldstadt zu sein und im Art 1 der GO stehen 2 Absätze zu nachhaltiger Entwicklung'. Zudem steht im ersten Satz (!) des ersten Schwerpunkts der Dualstrategie (die gerade an der letzten Sitzung des Gemeinderates kritisiert wurde, nur ein Papiertiger zu sein mit unverbindlichen Formulierungen). Dort steht also: Die Stadt Uster setzt sich für qualitativ guten und zahlbaren Wohnraum ein. Tatsächlich? Warum dann, so frage ich mich, soviel Widerstand der Stadt auch gegen den EcoViva-Gegenvorschlag, dagegen, sich als Stadt damit in eine grundsätzlich bessere Verhandlungsposition bringen zu können in zukünftigen Bauprojekten, dagegen, Gestaltungswillen zu markieren? Unser Gegenvorschlag würde die Stadt stärken. Es wird auch moniert, dass preisgünstig und ökologisch hochwertig nicht zusammengehe. Das ist tatsächlich ein Spagat, aber z. B. der Gestaltungsplan Rehbühl, mit dem Kompromissvorschlag der SP von maximal 60 % nicht erneuerbarer Energien, zeigt, dass beides zusammen möglich ist. Auch wenn der Leerwohnungsbestand auch in Uster in der letzten Zeit etwas gestiegen ist, heisst das noch lange nicht, dass damit mehr günstige Wohnungen auf dem Markt sind. Zur Erinnerung: Das PBG wurde in der Stadt Uster mit 60 % angenommen vor zwei Jahren. Preisgünstige Wohnungen sind also ein Anliegen weit über die linke Wählerschaft hinaus. Auch darum lohnt sich die Unterstützung des Gegenvorschlags.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Wolfgang **Harder** (CVP): *Der Text der Initiative ist lesenswert. Da steht unter anderem: „Uster braucht Wohnungen — bezahlbar für alle und nach ökologisch vorbildlichen Standards gebaut. Um dieses Ziel zu erreichen, soll eine Stiftung gegründet werden – mit 10 Mio. Kapital.“ Dieses Ziel muss man sich verinnerlichen. Wir haben das gemacht. Es war spannend. Drei Argumente sind für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion entscheidend:*

- 1) Eine Stiftung mit 10 Mio. Stiftungskapital hätte faktisch rund 100 Mio. Franken zur Verfügung, um Wohnungen zu bauen. Per Gesetz wird der Stiftungsrat zum „local player“ und steigt per sofort in die oberste Liga der Immobilienhändler, -bauer und -verwalter in Uster auf. Er würde den Bau der Stadt Uster nicht nur mitbestimmen, sondern auch beherrschen. An dieser Stiftung kommt niemand mehr vorbei – gesetzlich zementiert. Wer würde Stiftungsrat sein? Wer würde gewählt und von wem? Die Initiative gibt dazu keinerlei Anhaltspunkte. Schade - und unbefriedigend und gefährlich.*
- 2) Die Stiftung verlangt den Bau von Sozialwohnungen. Wer sozial schwach ist, ist in der Regel auch finanzschwach. Die Initiative will den Finanzschwachen zu Wohnungen verhelfen. Die Konsequenz wäre: Die Stiftung baut neue Wohnungen. Das führt zu mehr Einwohnern. Die neuen Einwohner wären finanzschwach. Damit gibt es mehr Sozialhilfeempfänger. So direkt darf man das natürlich nicht sehen. Aber gerade so wäre es. Denn: wer aus der sozialen oder finanziellen Not herauskommt (z.B. dank günstiger Wohnungen) müsste Uster wahrscheinlich verlassen und wegziehen und neuen sozial Schwachen Platz machen. Es wäre initiativwidrig, wenn finanziell ordentlich oder gut verdienende in den ökologisch hochwertigen Wohnungen bleiben würden. Wenn wir uns konsequent verhalten, würde eine Bewegung in Gang gesetzt, die wir so nicht wollen können.*
- 3) Ungeklärt lässt die Initiative, was bezahlbar für alle und ökologisch vorbildlich heissen soll. Genau diese Aspekte wären bei der Umsetzung der Initiative bzw. bei der Gründung der Stiftung zentrale Fragen. Wir vertreten die Ansicht, dass eine Volksinitiative diese Fragen beantworten sollte. Tut sie aber nicht.*

Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion kann diese Initiative nicht unterstützen. Wir wollen, dass finanziell Schwache, Mittelstand und finanziell Erfolgreiche in Uster wohnen können. Daher lehnen wir die Initiative ab.

Zum Gegenvorschlag: Der Gegenvorschlag zielt in gemässiger Form in die gleiche Richtung. Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion ist nicht dagegen, dass die Stadt Uster partiell preisgünstige und ökologische Wohnungen fördert. Der Gegenvorschlag lässt aber offen, wie das geschehen soll. Wir wären aber uneingeschränkt verpflichtet, dies zu tun. Aus diesem Grund lehnt die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion den Gegenvorschlag ab.

Thomas **Wüthrich** (Grüne): *Um es noch einmal deutlich hervorzuheben. Es geht hier nicht nur um ökologischen und preisgünstigen Wohnbau, nein, der Initiativtext ist eindeutig:*

Die Stiftung soll preisgünstige und ökologisch vorbildliche Wohnungen sowie Gewerberäume erhalten und schaffen.

Wie der Finanzvorstand unter diesen Vorzeichen dazu kommt, dass Geld von allen nur wenigen zugutekommen würde, ist uns Grünen ein Rätsel. Gerade die Wählerschaft seiner Partei könnte von dieser Initiative ebenfalls profitieren.

Überdies ist seine Aussage staatspolitisch bedenklich. Soll nur noch finanziert werden, was einer Mehrheit zugutekommt? Sollen Minderheiten also dauernd die Anliegen einer Mehrheit mitfinanzieren? Oder ist es nicht vielmehr die Aufgabe einer Regierung, für Ausgleich zu sorgen, so dass alle Bevölkerungsteile in einem Gemeinwesen ihren Platz finden?

Ich werde weder das Hallenbad benutzen noch bin ich als Velofahrer auf Parkplätze und Parkhäuser angewiesen? Bezahle ich deshalb weniger Steuern? Nein, aber es entspricht auch nicht meiner Vorstellung einer solidarischen Gemeinschaft, auf Franken und Rappen auszurechnen, ob ich für meinen Steuerfranken, das erhalte, was ich für wünschenswert erachte – aber ab und zu sollte auch von meinen Bedürfnissen etwas abgedeckt werden.

Eine gleichlautende Initiative wurde von den Grünen in Zürich lanciert und im März 2010 mit 4000 Unterschriften eingereicht. Drei Jahre später stimmte der Souverän an der Urne mit überwältigenden 75,3% der Initiative zu.

Im Zweckartikel der neuen Stiftung ist folgendes festgehalten:

„Die Stiftung bezweckt die Bereitstellung, Vermietung und Erhaltung von preisgünstigen und ökologisch vorbildlichen Wohnungen und Gewerberäumen, die über einen einfachen und nachhaltigen Standard verfügen. Sie achtet auf den haushälterischen Umgang mit dem Boden und die Schonung der übrigen natürlichen Ressourcen und orientiert sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Wohnungen sind vorab für Personen mit kleinen und mittleren Einkommen bestimmt. Die Stiftung kann Liegenschaften selber erstellen oder erwerben. Die Stiftung ist gemeinnützig und verfolgt keine Gewinnabsichten. Die Stiftung trägt dazu bei, dass die Bewohnerschaft der einzelnen Quartiere sozial vielseitig zusammengesetzt ist.“

Das Thema preiswerter Wohnraum brennt den Einwohnern und Einwohnerinnen des Kantons Zürich unter den Nägeln. Am 28. September 2014 wurde die Vorlage "Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum" – eine Änderung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes – mit knapp 60 % Ja-Anteil angenommen – in Uster sogar mit über 60 %! Die Mieten sind in den letzten 15 Jahren um 30 % gestiegen, während sich der Hypothekarzins halbiert hat. Das ist nicht für alle Mieterinnen und Mieter einfach so verkraftbar.

Der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen im engeren Sinne an allen Mietwohnungen in der Stadt Zürich betrug Ende 2015 26,8 %. Bis ins Jahr 2050 soll der Anteil von gemeinnützigen Wohnungen an den Mietwohnungen auf einen Drittel erhöht werden. Von solchen Perspektiven sprechen wir in Uster schon gar nicht, liegt der entsprechende Anteil in Uster aktuell doch bei gut 6 %.

Aber es ist unsere feste Überzeugung, dass der Anteil an solchen Wohnungen auch in Uster erhöht werden muss. Die Wohnstadt am Wasser darf nicht zum exklusiven „Resort“ für jene Personen verkommen, wie sie von Meret Schneider beschrieben wurden.

Marius **Weder** (SP): *Der Gegenvorschlag sei angeblich schwammig formuliert, wird behauptet. Dazu ist festzuhalten, dass die Volksinitiative als allgemeine Anregung formuliert worden ist, darum musste auch der Gegenvorschlag als allgemeine Anregung formuliert werden. Von einer uneingeschränkten Verpflichtung durch den Gegenvorschlag kann keine Rede sein. Das wäre erst bei der konkreten Umsetzung zu formulieren.*

Detailabstimmungen

Massgebend für die nächsten Verfahrensentscheide sind die §§ 133 und 134 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 (GPR) sowie § 65b der Verordnung über die politischen Rechte vom 27. Oktober 2004 (VPR).

Für die SP-Fraktion beantragt Karin **Niedermann** folgenden Gegenvorschlag:

„Die Stadt Uster soll sich zur Förderung preisgünstiger und ökologisch hochwertiger Wohnungen und Gewerberäume verpflichten. Die Gemeindeordnung sei entsprechend zu ergänzen.“ Dazu bedarf es im Dispositiv eine Änderung von Ziffer 2 sowie eine neue Ziffer 3 und eine neue Ziffer 4 (Ziffer 3 bisher wird zu Ziffer 5 neu).

Stadtrat Cla **Famos** zum Abstimmungsverfahren: *Bei Ziffer 1 Dispositiv macht der Gemeinderat keine materielle Aussage.*

Der Gemeinderat lehnt den Gegenvorschlag mit 12:23 Stimmen ab.

Damit hat der Gemeinderat die Vorlage bereinigt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Zustandekommen, der Gültigkeit und dem Inhalt der Städtischen Volksinitiative «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen» Kenntnis mit 35:0 Stimmen.**
- 2. Der Gemeinderat lehnt die Initiative unter Verzicht auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags ab mit 23:12 Stimmen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

4 Antrag 70/2016 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2015

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Roman **Ehrbar** (SVP): *Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit hat den Geschäftsbericht 2015 der Energie Uster AG an ihrer Sitzung vom 3. Oktober 2016 behandelt. Von der Stadt waren anwesend Stadtrat Cla Famos und Patrick Wolfensberger.*

Die Energie Uster AG war durch den Verwaltungsratspräsidenten, Thomas Kübler, dem Geschäftsführer, Bruno Modolo, und dem Leiter Finanzen, Thomas Christen, vertreten.

Für ihre Anwesenheit und die ausführliche und die wie immer kompetente Beantwortung der gestellten Fragen sei ihnen an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Gewinnverteilung wurde an der Generalversammlung gutgeheissen. Die Stadt Uster erhält eine Dividende von 6 % was CHF 600'000 entspricht.

Im Berichtsjahr trat Alfred Franz aus dem Verwaltungsrat aus. Neu im Verwaltungsrat vertreten ist Frau Alice Šáchová-Kleisi.

Die Energie Uster AG hat sich sehr gut im Markt positioniert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass

- *die Energie Uster AG sich aktiv für die Wärmeverbunds-realisationen einsetzt. Oft machen aber die tiefen Öl- und Erdgaspreise hier einen Strich durch die Rechnung. Ist die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben, so ist eine Anschlussverpflichtung schwierig durchzusetzen. Für das Projekt Wärmeverbund Nord wurden deshalb im Falle einer Realisierung seitens der Energie Uster AG auch Gelder aus dem Ökofonds gesprochen.*
- *die Fördergelder aus dem Ökofonds rege genutzt werden. So sind bis zum 7. September 2016 schon wieder Fördergelder in der Höhe von ca. CHF 176'000 beantragt worden.*
- *die Energie Uster AG initiativ unterwegs ist, was auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann.*
- *die Energie Uster AG in einem frischen Kleid erscheint und den Kunden neue Produkte und erweiterte Dienstleistungen anbietet. Besonders zu erwähnen sind die neue Homepage mit Kundenportal, die Auswahlmöglichkeiten bei den Stromprodukten sowie das Beteiligungsmodell bei Solaranlagen.*
- *die Energie Uster AG aktiv auch bei der Sanierung der Kleinwasserkraftwerke gemäss dem Gewässerschutzgesetz beteiligt ist. Wieviel Geld vom Lotteriefonds zu den einzelnen Kleinwasserkraftwerken fließen soll ist noch nicht bekannt.*
- *die Energie Uster AG auf lokale Energiegewinnung für eine nachhaltige Zukunft setzt. So ist das Beteiligungsmodell „solar max“ ein Erfolgsmodell. • Die Solaranlage „Buchholz“ ist schon ausverkauft und die Solaranlage Hallenbad schon zu ca. 30% reserviert.*

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit nimmt den Geschäftsbericht 2015 der Energie Uster AG zur Kenntnis und beantragt dem Gemeinderat mit 8:0 Stimmen ebenfalls entsprechende Kenntnisnahme.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Walter **Meier** (EVP): *Die RPK hat an der Sitzung vom 31. Oktober den Antrag behandelt; für Fragen standen Cla Famos, Stadtrat, und Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen, zur Verfügung.*

Die RPK hat den Geschäftsbericht diskutiert und stellt fest:

- *Die Energie Uster AG hatte ein gutes Jahr, die Ausschüttung der Dividende von Fr. 600'000 ist nicht gefährdet.*
- *Der Ökofonds ist mit fast 2 Mio. gut bestückt.*
- *Mit der erneuten Erhöhung der Rückstellungen für den Werkhof können die geplanten Investitionen gut finanziert werden.*
- *Eine gewisse Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft stellt die bevorstehende weitere Liberalisierung des Strommarkts dar. Mit den Reserven und dem neuen Auftritt scheint uns die Energie Uster AG aber dafür gut gerüstet zu sein.*

Antrag: Die RPK empfiehlt mit 9:0 Stimmen, den Geschäftsbericht 2015 der Energie Uster AG zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Thomas **Wüthrich**: *Freude herrscht! – In Uster sind weder die Lichter ausgegangen noch stottert die lokale Wirtschaft! Auch wurden keine Arbeitsplätze vernichtet, sondern es kommen laufend neue dazu. Uster wächst! Und das alles ohne Atomstrom! Worüber wir in zwei Wochen abstimmen werden, ist in Uster seit bald zwei Jahren eine Tatsache. Dank der Energie Uster AG sind wir aus der Atomkraft ausgestiegen und haben damit bewiesen, dass der Ausstieg möglich ist. Von daher erwarten wir Grünen, dass die Ustermer Stimmberechtigten unsere Atomausstiegsinitiative mit 100 % Ja-Stimmen annehmen.*

Auch sonst entwickelt sich das Energieangebot der Energie Uster AG grundsätzlich im Sinne der Grünen. Aber nach mehreren Betriebsjahren zeigt sich, dass Angebot und Nachfrage nach Biogas wohl auch in Zukunft eine Nische bleiben wird.

Zukunftsträchtiger und mit einem beinahe schon unbegrenzten Potential ist nach Ansicht der Grünen Wasserstoff als Energieträger. Mit ihm werden bereits heute Autos, Lastwagen, Busse und Züge betrieben oder Wohnungen geheizt. Wasserstoff ist CO₂-neutral und ein ideales Speichermedium für Sonnenenergie. Anfang November hat denn auch Coop sein Projekt mit einer öffentlichen Wasserstofftankstelle, den Wasserstoff-Brennstoffzellen-Fahrzeugen und dem mittels Elektrolyse nachhaltig erzeugten Wasserstoff in Betrieb genommen. Eine Weltpremiere ist dabei der 34t-LKW mit Anhänger, und zwar CO₂-frei mit elektrischem Antrieb versorgt aus „on-board“ Wasserstoff-Brennstoffzellen und mit Rekuperation und Batterie.

Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Energie Uster AG in den Bereich der Wasserstoffwirtschaft würden die Grünen wärmstens begrüßen.

Im Übrigen nehmen die Grünen vom Geschäftsbericht der Energie Uster AG zustimmend Kenntnis.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Roman **Ehrbar** (SVP): *Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht von der Energie Uster AG positiv zur Kenntnis. Wir sind erfreut, dass es unserem Unternehmen gelingt, sich in diesem nicht einfachen Energieumfeld zu behaupten.*

Die Energie Uster AG liefert nicht nur zuverlässig Strom und Wasser, sondern bemüht sich uns Usternern eine wirtschaftliche und effiziente Energielieferantin zu sein.

Die Bemühungen uns mit erneuerbarer elektrischer Energie zu versorgen, auch die Unterstützung im Bereich Wärmeverbund, möchten wir an dieser Stelle würdigen.

Regelmässig müssen wir uns in diesem Rat Vorwürfe, auch Forderungen an die Adresse der Energie Uster AG und ihre Verantwortlichen anhören. Schön, wenn man weiss, was zu tun wäre.

Wir sind froh, dass die Energie Uster AG trotz allem unbeirrt mit Fachkompetenz einen effizienten und ökologischen Weg geht.

An dieser Stelle möchten wir allen Verantwortlichen danken, auch der Energie Uster AG, die zum „Label“ Energiestadt GOLD beigetragen haben.

Der Titel im Anzeiger von Uster (AvU) "Man muss Bürger nicht erziehen" war Balsam in unseren Augen. Wir sind überzeugt, dass eine vernünftige Vorgehensweise vielleicht langsamer, aber dafür sicher zum Ziel führt. Die Vermarktung der Photovoltaikanlagen gibt der Energie Uster AG recht.

Wir wünschen der Energie Uster AG weiterhin Erfolg in diesem, doch immer schwierigeren werdendem Umfeld der Energiebeschaffung.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Die FDP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht 2015 der Energie Uster AG mit einem ausgewiesenen Jahresgewinn von CHF 2.1 Millionen erfreut zur Kenntnis. Die Fraktion unterstützt somit auch die beschlossene Verwendung des Bilanzgewinns. Wie der Geschäftsbericht zeigt, kann die Energie Uster AG mit 2015 auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Sie hat sich dem wandelnden energiepolitischen Umfeld gestellt und sich mit neuen Produkten wie auch einem aktualisierten, frischen Erscheinungsbild neu positioniert. Die Energie Uster AG richtet sich dabei noch konsequenter auf die Bedürfnisse der Kunden aus. Mit Erfolg: Der Ökofonds und die Energieberatungen werden rege genutzt. Auch stossen Biogas und die Beteiligung am Bau von Photovoltaikanlagen auf grosses Interesse. Zudem stammen mittlerweile 100 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen. Die Energie Uster AG wird von der Öffentlichkeit als initiativ und modern wahrgenommen.*

Das „Sponsoring“ vieler Ustermer Vereine und Anlässe zeigt, dass sich die Energie Uster AG als Firma der Stadt für die Stadt versteht.

Auf die Herausforderungen der nächsten Jahre scheint uns die Energie Uster AG gut vorbereitet zu sein. So wird genauso in die Infrastruktur der Wasserversorgung wie in den Ausbau des intelligenten Stromnetzes inklusive neuer Elektrotankstellen investiert. Auch kommen Wärmeverbunde und Fotovoltaikanlagen gut voran. Dies sind alles nötige Schritte, um für die Zukunft gerüstet zu sein, denn die Rahmenbedingungen werden nicht einfach bleiben: Die Globalisierung des Energiemarktes bringt beispielsweise unsere einheimische, vernünftige Wasserenergie in Bedrängnis oder verhindert Anreize, von fossilen Energieträgern in effizientere Wärmesysteme oder neue Energieformen zu investieren, weil die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist.

In diesem Sinne wünschen wir der Energie Uster AG erst recht erfolgreiche Geschäfte und stimmen dem Antrag des Stadtrates gerne zu.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Geschäftsbericht 2015 der Energie Uster AG Kenntnis.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Antrag 78/2016 des Stadtrates: Regionale Standortförderung RZO

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Werner **Kessler** (BPU): *Am vorletzten Montag hat das Wetziker Parlament mit grossen Mehr und nur 2 Gegenstimmen dem Beitritt zur RZO zugestimmt. Somit kann davon ausgegangen werden, dass auch Uster dieser Vorlage zustimmen wird, da nur noch die beiden Entscheide der Gemeinden Pfäffikon und Rüti offen sind.*

Zum Sachverhalt: Am 24. Oktober wurde der Antrag in der KÖS rege diskutiert, wo Stadtpräsident Werner Egli ausführlich an die Vorgeschichte erinnerte und wo Christian Zwinggi mittlerweile die Standortförderung übernommen hatte. Begrüsst und vorgestellt in der KÖS wurde auch die mittlerweile fest angestellte, neue Standortförderin Sandra Frauenfelder.

Ziele und Aufgaben der RZO, die früher Planungsgruppe Zürcher Oberland (PZO) hiess, sind die regionale Planung und innerkommunale Zusammenarbeit, gemeinsame Projekte, Synergien nutzen und Identität im Verbandsgebiet schaffen. Die RZO unterstützt eine geordnete, räumliche Entwicklung und arbeitet die dazu notwendigen regionalen Pläne aus und hilft mit, die Planungen der Gemeinden auf regionale Ziele auszurichten. Im Weiteren ist der Planungsteil obligatorisch und ist mit dem vorliegenden Antrag (zur Standortförderung) nun einer dieser freiwilligen Teile, der zur Diskussion steht.

Stadtpräsident Werner Egli verweist auch auf den Beschluss der DV der RZO, wonach auch die Stadt Uster sich daran beteiligen solle. Heute sind noch 20 Gemeinden in der RZO vertreten. Für die Stadt Uster fallen pro Jahr Kosten von CHF 300 000 an, das entspricht knapp 2 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner. Das Ergebnis der Standortförderung wird jährlich in einem Bericht festgehalten. Die DV der RZO hat für das Jahr 2016 ein sogenanntes Zwischenjahr festgelegt, damit die Standortförderung vor einer allfälligen Weiterführung von den Gemeinden analysiert werden kann. Von den 20 Gemeinden haben 3 Gemeinden eine Beteiligung abgelehnt und zwar Bäretswil, Fehraltorf und Fischenthal.

An der Delegiertenversammlung der RZO vom 16. Juni 2016 zur Vorlage Regionale Standortförderung für die Jahre 2017 bis 2021 wurde grossmehrheitlich zugestimmt mit der Bitte an die Verbandsgemeinden, dem Beschluss ebenfalls zuzustimmen und den erforderlichen Kredit als einmalige Ausgabe für die Dauer von 5 Jahren zu bewilligen. Der Bereich Kultur wurde vom Stadtrat bereits in eigener Kompetenz für 5 Jahre bewilligt, der Bereich Standortförderung aber muss noch vom Gemeinderat bewilligt werden. Weiter ist zu erwähnen, dass auch das Thema Controlling und Berichterstattung besprochen wurde und sich der Stadtrat gemäss seinen Aussagen die Auswertung des Engagements sehr ernst nehmen und der Kommission berichten werde.

Mit der Vorlage sind grundsätzlich zwei Fragen verbunden: Erstens die Frage nach der Zugehörigkeit zwischen den beiden Regionen Zürioberland und Glattal und zweitens die Frage über den Sinn einer regionalen Standortförderung an sich.

Dazu hat der Stadtrat einen Auftrag erteilt, welche Konsequenzen zu erwarten wären, wenn wir in die Planungsgruppe Glattal wechseln würden. Deren Pro-Kopf-Kosten sind aber eindeutig höher. Die informellen Verbindungen zum Glattal werden dennoch bereits heute gepflegt. Ein solcher Wechsel wäre nicht vor 2020/2021 zu erwarten.

Die Standortförderung Zürioberland kommt aber nur zu Stande, wenn von den Verbandsgemeinden mindestens eine Beteiligung in der Grössenordnung von 280 000.-- Franken pro Jahr bewilligt wird und die beiden grossen Gemeinden Uster und Wetzikon mit dabei sind. Mittlerweile hat sich auch Wetzikon eindeutig für den Beitritt zur RZO entschieden und der Ball liegt nun an Uster nachzuziehen.

Gestützt auf den Beschluss der Delegiertenversammlung RZO beteiligt sich die Stadt Uster am Projekt Regionale Standortförderung für die Jahre 2017-2021.

Der Beitrag auf der Basis von 2 Franken pro Einwohner und Jahr wird als einmaliger Kredit von total CHF 340 000, also CHF 68 000 pro Jahr, bewilligt.

Diese Summe kann sich durch eine allfällige Entwicklung der Einwohnerzahl während der Laufzeit geringfügig verändern. Die 68 000 Franken für die regionale Standortförderung 2017 sind im Voranschlag 2017 enthalten.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat dem Antrag 78/2016 einstimmig zugestimmt und beantragt dem Gemeinderat die Annahme.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Markus **Wanner** (SP): *Die RPK hat den Antrag geprüft und versucht, sich auf die finanziellen Aspekte zu konzentrieren. Wenn man von der RZO spricht, muss man drei Themen unterscheiden:*

- *Planungsteil: Die regionale Raumplanung ist gebundene Aufgabe, die Kosten betragen CHF 300'000 jährlich*
- *Kultur: Die Stadt Uster beteiligt sich mit CHF -.50 pro Einwohnende am Projekt «Zürioberrland Kultur». Der Stadtrat hat den Betrag von jährlich CHF 17'000 in seiner Kompetenz bereits bewilligt. Hier handelt es sich um ein freiwilliges Angebot.*
- *Standortförderung: Auch das ist ein freiwilliges Angebot. Über diesen Betrag beschliessen wir heute. Es sind dies CHF 68'000 jährlich, also CHF 2 pro Einwohnende.*

Die Gemeinde Wetzikon hat vor einer Woche beschlossen, an der regionalen Standortförderung mitzumachen. Das ist ein wichtiger Entscheid für Uster, da ohne Wetzikon das Projekt gefährdet gewesen wäre. Die Geschäftsstelle ist heute in Bauma. Uster will in Zukunft auch einen Sitz in der Standortförderungskommission einnehmen.

Wie kann die Wirkung des Beitrags gemessen werden? Eine externe Begleitung wäre diesbezüglich zu prüfen. Stadtpräsident Egli wies darauf hin, dass sie gerade jetzt mit der HSG zusammengearbeitet haben. Auf die Frage betreffend positiver Beurteilung der bisherigen Arbeiten verweist der Stadtpräsident auf den Jahresbericht 2015 der RZO.

Diskutiert wurde in der RPK, ob eine wissenschaftliche Begleituntersuchung über die Auswirkungen der Standortförderung durchgeführt werden kann. Gemäss Aussage des Stadtpräsidenten kann der Gemeinderat dies nur als Empfehlung vorschlagen, da der Zweckverband dafür zuständig sei. Er geht aber davon aus, dass die Ustermer Empfehlung an der nächsten Delegiertenversammlung des Zweckverbandes durchgesetzt werden kann. Auch in einem zweiten Votum in der RPK wurde auf die Wichtigkeit einer guten Evaluation hingewiesen. Werner Egli informierte dazu, dass es im Zweckverband Leistungs- und Wirkungsziele gebe, die später dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Ebenfalls wurde über die Zugehörigkeit der Stadt Uster zu einer Planungsgruppe diskutiert. Uster muss einer Planungsgruppe angehören, welcher kann sie selber entscheiden. Die 3 Themen Regionalplanung, Kultur und regionale Standortförderung müssen nicht zwingend im selben Zweckverband vereint sein.

Auf die Frage, ob der Beitrag nur für 3 Jahre gesprochen werden kann, informiert der Stadtpräsident, dass der Antrag der Delegiertenversammlung des Zweckverbands auf 5 Jahre lautet, einen internen Antrag auf 3 Jahre mit 16:3 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Planungshorizont von 5 Jahren macht mehr Sinn.

Die RPK hat den Antrag mit 9:0 Stimmen gutgeheissen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Hans **Denzler** (SVP): *Der Zweckverband Region Zürcher Oberland hat unter anderem zum Ziel die nachhaltige Entwicklung im Verbandsgebiet zu fördern und eine gemeinsame Identität zu schaffen. Nebst freiwilliger Beteiligung an verschiedenen Geschäftsbereichen und Projekten ist die Mitgliedschaft in der sogenannten „Planungsgruppe“ obligatorisch. So hilft die RZO mit, die Planungen der Gemeinden auf regionale Ziele auszurichten.*

Der Stadtrat hat im September die Teilnahme an einem seit bald 2 Jahren laufenden Projekt „Zürioberrland Kultur“ in eigener Kompetenz um 5 Jahre von 2017– 021 verlängert und beantragt nun dem Gemeinderat auch das Projekt „Regionale Standortförderung“, welches pilotmässig seit 2013 läuft, um 5 Jahre bis 2021 zu verlängern. Es ist somit ein klares Bekenntnis der kulturellen und auch wirtschaftlichen Zugehörigkeit zum Zürcher Oberland. Uster liegt an der Schnittstelle zwischen Oberland und dem Glattal. Viele Beziehungen und Verbindungen laufen deshalb Richtung Glattal und ganz sicher zur Stadt Zürich weiter.

Es stellt sich somit die berechnigte Frage, ob denn das im Antrag erwähnte Handlungsfeld Wirtschaft im Verbandsgebiet Zürcher Oberland für die Stadt Uster von Interesse und vor allem von Nutzen sein kann. Die Jahresberichterstattungen in diesem Handlungsfeld zeigen wohl einige Erfolge auf. Messbare Indikatoren oder Kennzahlen, die insbesondere Uster betreffen, sind jedoch noch zu wenig vorhanden. Das Aufgabenspektrum in der Pilotphase umfasste vor allem den Aufbau verschiedener Aktivitäten wie Anlässe und Seminare im Wirtschaftsgebiet, die klassischen Wirtschaftsförderungsaufgaben wie betriebswirtschaftliche Unterstützungen zugunsten Unternehmungen und

Verbänden und der Auf- und Ausbau eines Informationssystems via Newsletter und eigener Webseite.

Das nun durch die Pilotprojektgruppe „Breakup“ erarbeitete Konzept für die Zukunft zeigt auf, dass es drei Handlungsfelder, nämlich Wirtschaft, Tourismus und Wohnen geben wird. Der insbesondere für Uster wichtige Bereich Tourismus soll näher der Wirtschaft zugeordnet werden. Bestandspflege und Netzwerkpflege mit Bezug und insbesondere finanzieller Beteiligung der Wirtschaft sollen ausgebaut werden.

Wichtig ist auch eine wirksame Leistungs- und Wirkungsorientierung. Periodisch messbare Ergebnisse sind für unsere Fraktion wichtig. Der Nutzen für die Stadt Uster muss erkannt werden und das noch nicht im Detail ausgearbeitete Projekt „Haus der Regionen“ ist auf der Achse Uster-Hinwil anzusiedeln. Wir haben zudem zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat die Zugehörigkeit zur RZO prüfen wird. Hier erwarten wir erste Zwischenergebnisse Verlaufs 2017. Wir haben aber auch zur Kenntnis genommen, dass die bisherige Arbeit in der obligatorischen Planungsgruppe RZO in den letzten Jahren sehr erfolgreich war.

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den nun vorliegenden Antrag. Die Fraktion erwartet dabei, dass ein Leistungsauftrag mit klaren Vorgaben, Zielerreichungen und Indikatoren erstellt und die Jahresberichte der einzelnen Handlungsfelder dem Gemeinderat jeweils im ersten Quartal des Folgejahres zur Kenntnis gebracht werden. Die Zusammenarbeit zwischen RZO Standortförderung und der kommunalen Standortförderung in Uster soll koordiniert und vertieft werden. Es muss in dieser kommenden Periode bis 2021 nun auch geerntet werden können.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): *Ich habe das Gefühl, wir Ustermer werden irgendwie einfach nicht so richtig warm mit diesem Zweckverband. Dies alleine auf den Umstand zurückzuführen, dass wir geografisch am äussersten Zipfel gerade noch so geduldet sind, scheint aber zu einfach zu sein. Irgendwie beschleicht einem auch das Gefühl – und das meine ich nun augenzwinkernd – mit den zwei Franken pro Einwohner Entwicklungshilfe für das Berggebiet zu leisten. Nun, Gefühle kann man manchmal ja nicht genau umschreiben, weshalb ich die Gefühle auf der Seite lasse.*

Die RZO fördert eine gemeinsame Entwicklung und schafft Identität im Verbandsgebiet. Dies steht in den Statuten der RZO. Die RZO macht das insbesondere was die Pflichtaufgabe – die regionale Planung – betrifft, gut. Zumindest können wir nichts Gegenteiliges behaupten.

In der Zeit von Leistungsüberprüfungen und knappen Finanzverhältnissen steht für uns der Antrag aber ein wenig quer in der Landschaft. Wir sprechen bei der Standortförderung von einem „nice to have“ Projekt, weshalb wir verpflichtet sind den Nutzen für Uster zu hinterfragen.

Wie sie wissen, ist die Standortförderung in drei Handlungsfelder eingeteilt. Freizeit, Wirtschaft und Wohnen. Dazu ein paar Worte:

1. Zu Wohnen: Falls Sie sich die Mühe gemacht haben sollten und einmal die Homepage der RZO angeschaut haben, dann können Sie nur zu einem Schluss kommen. Das Handlungsfeld Wohnen ist komplett überflüssig. Wir können dabei absolut kein Potential erkennen. Homegate und die gemeindeeigenen Internetseiten machen das Angebot mehr als überflüssig.

2. Zu Wirtschaft: Im Vergleich mit den anderen involvierten Parteien leisten wir uns eine eigene Standortförderung. Die aufgeführten Aufgaben im Antrag entsprechen sicherlich zum Grossteil auch den Aufgaben unserer Standortfördererin. Deshalb werden entweder Doppelspurigkeiten entstehen oder Uster wird in diesem Bereich ausgeblendet werden. Deshalb ist für uns klar, für Uster wird dieses Handlungsfeld kein Gewinn sein.

3. Zu Tourismus: Die RZO und der Tourismus sind offensichtlich das Filet-Stück der Standortförderung. Zürioberland Tourismus scheint uns sehr präsent zu sein. Mit innovativen Ideen scheint es zu gelingen den Tourismus in unserer Region besser zu verankern. Dieses Handlungsfeld macht uns Freude und für Uster scheint die Teilhabe ein Gewinn zu sein.

Betrachtet man die drei Handlungsfelder, scheint die Standortförderung für Uster kein lohnendes Geschäft zu sein. Klarer Lichtblick bleibt der Tourismus, welchen es zu unterstützen und zu fördern gilt.

Aufgrund unserer kritischen Grundhaltung hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Uster hat drei Themen im Zweckverband RZO subsumiert:*

- Regionale Raumplanung
- Regionale Kultur
- Regionale Standortförderung

Der Stadtrat hat CHF -.50 pro Einwohnende oder CHF 17'000 jährlich für die regionale Kultur in eigener Kompetenz beschlossen. Aus unserer Sicht ist das nachvollziehbar.

Etwas schwieriger wird es bei der regionalen Standortförderung, um die es heute geht. Hier beschliessen wir über einen jährlichen Beitrag von CHF 68'000 (CHF 2 pro Einwohnende). Diesem Entscheid voraus ging ein 3-jähriger Versuchsbetrieb von 2013 bis 2015 und einem Zwischenjahr 2016. Die Kredite für diese Phase von rund CHF 300'000 hat der Stadtrat in eigener Kompetenz gesprochen. Nun soll der Versuch in ein Definitivum überführt und für fünf Jahre festgelegt werden. Welches sind die Entscheidungskriterien, dass die regionale Standortförderung nun definitiv eingeführt werden soll? Im Stadtratsantrag heisst es dazu, dass das Projekt für die mittel und langfristige Entwicklung der Region einen Gewinn brachte. Das ist eine mutige Aussage, wenn man nach drei Jahren Versuchsbetrieb bereits von einem langfristigen Gewinn spricht. Wenn man nach den Auswertungskriterien fragt, wird man auf den Geschäftsbericht verwiesen. Das scheint uns etwas wenig. Auch die Abgrenzung zwischen der lokalen Wirtschaftsförderung Uster, u. a. dem Projekt «herzkern», und der regionalen Standortförderung sollte prägnanter, klarer sein. Trotzdem unterstützen wir diesen Kreditantrag. Wir erwarten aber vom Stadtrat, dass er sich im Zweckverband für eine wissenschaftliche Begleituntersuchung einsetzt, welche die Auswirkungen der regionalen Standortförderung aufzeigt. Die Leistungs- und Wirkungsziele des Zweckverbandes sollen dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Nicht Thema dieses Antrages ist die regionale Raumplanung, trotzdem möchten wir uns ganz kurz dazu äussern, da diese Aufgabe ja vom Zweckverband wahrgenommen wird. Nur auf der Internetseite findet man dazu nichts. Uster hat sich 1975 dazu entschieden, der Planungsgruppe Oberland beizutreten. Die Frage scheint uns dringlich, ob Uster weiterhin in der Planungsgruppe Oberland tätig ist, oder ob sie in die Planungsgruppe Glattal wechseln sollte. Mit welchen Gemeinden haben wir raumplanerisch mehr Gemeinsamkeiten? Mit Bäretswil, Hittnau, Seegräben oder eher mit Dübendorf, Wallisellen, Greifensee? Hier müssen wir abwägen und den Nutzen prüfen. Die Kosten dürfen nicht alleine entscheidend sein, auch nicht, in welcher Planungsgruppe Uster mehr Einfluss hat, sondern wo haben wir einen grösseren Nutzen, wo passieren in den nächsten Jahren raumplanerische Entwicklungen, auf gut Deutsch: «Wo geht in den nächsten Jahren die Post ab». Scheinbar hat der Stadtrat dazu einen Auftrag gegeben, welche Konsequenzen zu erwarten sind, wenn wir in die Planungsgruppe Glattal wechseln würden. Wir hoffen, dass die Auswertung dieses Auftrags bald bekannt ist und der Stadtrat den Gemeinderat entsprechend informiert.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Wir haben das vorliegende Geschäft in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Insbesondere bei der Standortförderung haben wir Zweifel am Nutzen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen unserer Stadt mit dem Oberland sind heute wohl geringer, als diejenige mit dem Glattal und der Stadt Zürich. Und der Nutzen für Uster aus der ersten Phase scheint eher mager. Das wären alles Gründe für eine Ablehnung des Antrags. Wir werden dem Antrag aber zustimmen. Ich sage es offen, letztlich hat uns die historische Verbundenheit unserer Stadt mit dem Oberland dazu bewogen, dieser befristeten Weiterführung des Standortmarketings zuzustimmen und von einem unvermittelten und einzelfallweisen Bruch abzusehen. Auch möchten wir das Projekt Zürioberland Kultur und damit die regionale Kulturförderung, von der unserer Stadt direkten Nutzen hat, nicht gefährden. Damit beide Projekte die maximale Wirkung entfalten können, sind sie als Paket besser aufgehoben und zu koordinieren.*

Uns ist bewusst, dass sich der Nutzen von Standort- und Tourismusförderungsmassnahmen nicht direkt messen lässt. Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – verlangen wir, dass das vom Stadtrat für 2018 verlangte „Reporting“ über den Nutzen für unsere Stadt sehr selbstkritisch und unvoreingenommen erfolgt. Auch das Nebeneinander von unserer eigenen Standortförderung mit dieser regionalen Standortförderung wird dabei ergebnisoffen durch die Stadt Uster zu prüfen sein. Die Zustimmung zu einer weiteren Verlängerung werden wir von einer transparenten Auswertung der nun zu bewilligenden Periode abhängig machen. Den Antrag der Grünen lehnen wir trotzdem ab. Nicht, weil uns eine ehrliche und offene Auswertung des Programms nicht wichtig wäre. Wir sind

aber der Meinung, dass die RZO selber in der Lage ist, ein solches vorzunehmen. Ein externes Mandat würde wohl nur Zusatzkosten generieren und für unsere Stadt nur wenig Nutzen bringen. Zum Schluss noch eine Bitte an den Stadtrat: Bitte setzt euch dafür ein, dass die regionale Standortförderung so gestaltet wird, dass die Gelder aus Uster für unsere Stadt den grösstmöglichen Nutzen entfalten und nicht für unsere Freunde im Oberland. Der „Millionenbach“ fliesst bekanntlich aus dem Oberland nach Uster, nicht umgekehrt.

Für die Grüne-Fraktion referiert Thomas **Wüthrich**: *Vergleicht man den Antrag des Ustermer Stadtrates mit jenem der des Wetziker Stadtrates, kann ich unserer Exekutive leider nur ein "ungenügend" attestieren. Dem Wetziker Gemeinderat wurde neben dem Antrag viele zusätzliche Unterlagen zur Verfügung gestellt: die Unterlagen zur Workshop der RZO vom Januar dieses Jahres, als es um die Organisationsentwicklung der RZO ging; die Unterlagen zur Klausurtagung der RZO vom März 2016 als u.a. über die Arbeit der Projektgruppe "Breakup" informiert wurde. Auch der Jahresbericht 2015 wurde dem Gemeinderat in Wetzikon unaufgefordert zur Verfügung gestellt – eine Suche desselben auf der Website der RZO ist absolut frustrierend, ist er doch nicht unbedingt von Erfolg gekrönt. Ich empfehle dem Parlament, sich mal auf diese Suche zu machen. Und schliesslich erhielt das Wetziker Parlament auch den Beschluss des Stadtrates zur Meinungsbildung. Der Wetziker Stadtrat hat es auch nicht für nötig gefunden, das Parlament mit einem Buebetrickli auszumanövrieren. Für ihn war klar, die Beiträge an die Projekt Zürioberland Kultur und jene für die Standortförderung gehören zusammen und sie so auch vom Parlament bewilligen lassen. Der Ustermer Stadtrat tickt da offenbar ganz anders. Zusätzliche, erhellende Unterlagen sind Mangelware und werden wenn überhaupt erst auf Nachfrage geliefert. Und den Beitrag für Zürioberland Kultur hat er gleich in eigener Kompetenz bewilligt. Soll damit verschleiert werden, dass sich Uster in Zukunft mit einem Gesamtbetrag in der RZO engagiert, der um rund 4 % höher liegt als in den Jahren 2012-2015?*

Eine Standortförderung regional zu gestalten ist sicherlich sinnvoll. Ketzerisch könnte man aber auch sagen, wir machen Standortförderung, weil es alle anderen auch machen. Ob die Standortförderung wirklich einen Mehrwert erbringt, kann angesichts der sehr allgemein formulieren Ziele unter lit. B des stadträtlichen Antrags durchaus hinterfragt werden. Richtige Zweifel kommen aber auf, wenn wir die Evaluation der Tätigkeiten im Jahresbericht 2015 der RZO anschauen. So war eine Zielsetzung im Bereich Wirtschaft, die Organisation und Durchführung von Anlässen. Dieses Ziel wurde als erfüllt betrachtet, weil vier Veranstaltungen unter anderem zu den Themen Erbschaftssteuer-Initiative, Euro-Schock und iCloud durchgeführt wurden.

Im Bereich Wirtschaft unter Ziel 3.2 "Information an Verbandsgemeinden, Unternehmen und Bevölkerung" wird das Ziel als erfüllt betrachtet, weil unter anderem 3 Newsletters an 800 Adressaten versandt wurden. Ich als Auftraggeber, als Ustermer Gemeinderat, kann mich nicht erinnern, je einen solchen Newsletter erhalten zu haben.

Und ein letztes Beispiel: Im Bereich Wohnen unter 1.1. Vermarktung des Leistungsangebots sollen 2 Veranstaltungen durchgeführt werden mit möglichst grossem Einzugsgebiet – Am 5. September 2015 präsentierte sich Zürioberland Wohnen am Kinderfest in Wald mit einem Ausmalwettbewerb und Farbstiften.

*Sorry, das können die Grünen in dieser Art nicht mittragen. Deshalb verlangen wir eine klare, aussagekräftige output-Steuerung! Und dazu benötigen wir klare Fakten zur Standortförderung. über das Wie, Wo, Wann und mit welchem Resultat. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies intern nicht geleistet werden kann. Darum stellen die Grünen folgenden **Antrag** (siehe Seite 727): Sollte dieser Antrag im Rat keine Mehrheit finden, werden wir den Antrag des Stadtrates nicht unterstützen.*

Der Stadtpräsident, Werner **Egli**, nimmt Stellung: *Materiell sind wir mit dem Antrag grundsätzlich einverstanden. Wir haben die Frage der Evaluation an der KöS-Sitzung vom 24. Oktober 2016 und an der RPK-Sitzung vom 31. Oktober 2016 ja bereits eingehend so diskutiert.*

Neben dem Interesse für ein besseres Reporting und mehr Objektivität beim Controlling haben wir aus der Sitzung resp. der politischen Diskussion noch weitere Anliegen gegenüber der regionalen Standortförderung mitgenommen. Nämlich:

- a. *Einsatz für Ökologie und Nachhaltigkeit besonders im Bereich Tourismus*
- b. *Einsatz in der Standortförderungskommission (Sandra Frauenfelder)*
- c. *Das Haus der Region in Uster oder zumindest in der Nähe unserer Stadt.*

Formal ist der Weg über eine Anpassung im Dispositiv aus unserer Sicht nicht optimal. Die RZO ist eine eigene Körperschaft, eine Rechtspersönlichkeit mit 20 Mitgliedsgemeinden. Die Stadt Uster hat in diesem Gremium nur einen sehr beschränkten Einfluss. Dort ist nicht der Stadtrat, sondern die Delegierten dieses Zweckverbandes zuständig. Stattdessen schlagen wir vor, das Anliegen bzw. den Antrag der Grüne-Fraktion sowie die anderen Anliegen zur regionalen Standortförderung im Leistungsauftrag 2017-2010 zu verankern. Dazu ist der Leistungsauftrag (LA) ja prädestiniert. Die zuständige Kommission (KöS) wird dazu am 21. November 2016 tagen und das Parlament wird den LA am 5. Dezember 2016 genehmigen. So kann der Stadtrat viel besser ins Engagement genommen werden. Der Antrag der Grüne-Fraktion ist abzulehnen. Stattdessen soll im Leistungsauftrag 2017-2020 folgende neue Leistung definiert werden:

Seite C/4

L 06: RZO: Mitwirkung in der regionalen Standortförderungs-Kommission mit dem Ziel, dass auch Ökologie und Nachhaltigkeit positioniert werden, das „Haus der Regionen“ in oder in der Nähe von Uster realisiert wird und dass das Projekt im Jahr 2020 extern evaluiert wird. Jährliches Reporting der Jahresberichte (erstmalig 2018) an den Gemeinderat.

Ziele: Z01/Z05: L06 als zusätzlicher Leistungsbezug

Thomas **Wüthrich** (Grüne): *Der Antrag des Stadtrates ist während den Herbstferien bei uns eingetroffen. Wir hatten nur Zeit für eine einzige Kommissionssitzung. Als der Antrag der Grünen in der RPK vorgestellt worden ist, wurde er abgewimmelt. Es geht letztlich um CHF 2 Millionen, welche die ganze Region betreffen. Wir haben unsere Erfahrungen mit Wirkungs- und Leistungszielen. Wenn wir von Anfang an ein umfassendes „Monitoring“ einrichten würden, erhalten wir ein besseres Bild. Uns ist auch klar, dass wir die RZO hier nicht einfach „überfahren“ können. Darum haben wir einen Antrag eventualiter gestellt. Wir sind dem Stadtrat entgegen gekommen, indem wir in der Kommission rasch gehandelt haben.*

Stadtpräsident Werner **Egli**: *Das Anliegen oder der Antrag von Meret Schneider wurde von der RPK intensiv diskutiert und nicht einfach abgewimmelt. Der Leistungsauftrag ist das richtige Instrument für den Gemeinderat. Die Wirkungsprüfung ist dann auch konsequent durchzuführen. Damit können wir klare Verhältnisse schaffen. Wir gehen nicht aus dieser Sitzung raus und lassen dann dieses Anliegen einfach unter den Tisch fallen.*

Detailabstimmungen

Der heute versandte Antrag der Grüne-Fraktion hat damit noch zwei Änderungen erhalten. Verbindlich ist die geänderte Fassung, wie sie von Thomas Wüthrich beantragt worden ist (Tischvorlage).

Für die Grüne-Fraktion beantragt Thomas **Wüthrich** zum Dispositiv eine neue Ziffer 3 (Ziffer 3 bisher wird zu Ziffer 4 neu):

- a) Der Stadtrat wird beauftragt, der RZO zu beantragen, dass für das Projekt "Regionale Standortförderung" für die Jahre 2017-2021 ein externes Monitoring eingerichtet und zum Abschluss des Projekts eine Evaluation von externer Seite vorgenommen wird. Der Stadtrat setzt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden politischen und demokratischen Mitteln dafür ein. Er erstattet dem Gemeinderat Bericht über sein Vorgehen.
- b) Eventualiter: Sollte die Delegiertenversammlung der RZO eine externe Begleitung und Evaluation des Projekts, wie unter Dispositiv Ziffer 3 lit. a dargelegt, ablehnen, wird der Stadtrat beauftragt, für Uster allein ein externes Monitoring einzurichten und eine Evaluation der Wirksamkeit des Projekts regionale Standortförderung 2017-2021 in Auftrag zu geben. Den Kredit für das externe Monitoring und die externe Evaluation beschliesst der Stadtrat in eigener Kompetenz.

Der Änderungsantrag der Grüne-Fraktion wird mit 4:19 Stimmen abgelehnt .

Damit hat der Gemeinderat die Vorlage bereinigt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 30:1 Stimmen:

- 1. Gestützt auf den Beschluss der Delegiertenversammlung RZO beteiligt sich die Stadt Uster am Projekt «Regionale Standortförderung» für die Jahre 2017–2021.**
- 2. Der Beitrag auf der Basis von 2 Franken pro Einwohner und Jahr wird als einmaliger Kredit von total 340 000 Franken (68 000 Franken pro Jahr) bewilligt. Diese Summe kann sich durch eine allfällige Entwicklung der Einwohnerzahl während der Laufzeit geringfügig verändern. Die 68 000 Franken für die regionale Standortförderung 2017 sind im Voranschlag 2017 enthalten.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Postulat 538/2015 von Walter Meier (EVP), Mary Rauber (EVP), Ursula Räuftlin (Grünliberale), Wolfgang Harder (CVP) und Ivo Koller (BDP): Kunststoffabfälle separat sammeln, Bericht und Antrag des Stadtrates

Walter **Meier** (EVP) nimmt Stellung: *Ich glaube, ich sitze im falschen Film. Das Postulat wurde im Gemeinderat einstimmig überwiesen. Der Gemeinderat will, dass Kunststoffabfälle in Uster separat gesammelt werden. Und der Stadtrat gibt sich eine unwahrscheinlich grosse Mühe zu erklären, dass er das nicht will.*

Wenn denn der Stadtrat wirklich wollte, würde er auch einen gangbaren Weg finden und zwar bevor die neue Hauptsammelstelle gebaut und eingeweiht ist. Wir gehen davon aus, dass man zuerst herausfinden muss, ob es genügend Menge gibt für eine Sammlung mit dem Kehrriechwagen. Was es am Anfang braucht, ist folgendes:

- *Einen Platz, der so gross ist wie ein Parkplatz, wo eine Mulde (z. B. der Firma Grimm) hingestellt werden kann. Je nachdem müsste die Firma Grimm die Mulde dann wöchentlich oder hofentlich bald auch täglich wechseln.*
- *Falls möglich sollte dieser Platz überdacht sein*
- *Eine (oder vielleicht auch) zwei Stellen, bei denen man die Säcke für die Kunststoffsammlung kaufen kann (das könnte z.B. die Post sein oder das Info-Desk im Stadthaus)*
- *Wichtig dabei wäre, dass die Säcke etwas günstiger sind als die Ustermer Kehrriechsäcke. Im Moment kosten 10 60lt-Säcke Fr. 22- und 10 110lt-Säcke Fr. 38 (im Vergleich kosten heute 10 Ustersäcke à 60 oder 110 lt 27 resp 50 Franken)*

Ein Zitat aus der Postulatsantwort: Der Stadtrat schreibt (Zitat, S. 3): Generell zeigt die Studie, dass der Umweltnutzen zunimmt, je höher die Menge von separat gesammelten Kunststoffen ist. Mit dem Nichtstun will der Stadtrat aber verhindern, dass die Menge an separat gesammelten Kunststoffen zunimmt.

Aufgrund des Zeitungsartikels im AvU, welcher nach der Veröffentlichung der Postulatsantwort erschienen ist, habe ich Telefonanrufe von Ustermer Einwohnern erhalten, welche ihre Kunststoffabfälle bereits heute separat sammeln und zur Firma Grimm nach Holzhausen bringen. Das Potential ist vorhanden. Aber das Wollen können wir mit dem Postulat nicht verordnen. Wir hatten auf die Einsicht des Stadtrates gehofft. Nun werden wir wohl einen anderen Weg einschlagen müssen.

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, Stadträtin Esther **Rickenbacher**, nimmt Stellung: *Es ist nicht so, dass der Stadtrat nicht will. Wir haben verschiedene Studien durchgeführt. Wir wollen Kunststoff sammeln, können das aber nicht um jeden Preis tun. Wir können den Sammelsack nicht günstiger abgeben, wir müssen das verursachergerecht tun. Wir bezweifeln, ob die Bevölkerung bereit ist, mehr dafür zu bezahlen. Weniger als 50 % sind verwertbar, wie die Stadt Zug ergeben hat. Wenn wir eine neue Sammelstelle haben, können wir nochmals prüfen, ob das Hol- oder Bring-Prinzip eingeführt werden sollen. Darum empfehlen, noch einen Moment zuzuwarten. Im Frühjahr 2017 werden wir wissen, wie eine neue Sammelstelle in der Looren aussehen könnte. Mitnichten will der Stadtrat nichts tun. Einfach eine Mulde irgendwo hinstellen, geht auch nicht. Die Stadt Uster hat sich immer dafür stark gemacht, dass Abfall möglichst vermieden werden soll. Wiederverwertung immer dann, wenn sie möglich ist, sonst müssen wir sachgerecht entsorgen können.*

Auf Antrag von Meret Schneider (Grüne) stimmt der Gemeinderat der Verlängerung ihrer Redezeit mit offensichtlicher Mehrheit zu.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Kunststoffabfälle separat sammeln. Dazu hat der Stadtrat jetzt echt keine Lust. Aber keine Lust gibt natürlich noch keinen Bericht her. Also braucht der Stadtrat Gründe, sich dem Thema Kunststoffabfallverwertung anzunehmen und sucht sie in der Wissenschaft. Das kommt immer gut, wirkt solide, «gemäss einer Studie...» hat schon Reihen von schlichten Behauptungen und Annahmen legitimiert, unabhängig davon, ob der Datensatz dafür spricht oder nicht – in dubio modifiziere die Skala und alles sieht ganz anders aus.*

Als passionierter Statistik-Nerd hat mich die zitierte Studie natürlich interessiert, leider war sie jedoch online nicht zugänglich, sondern nur in der Aktenauflage erhältlich. Doch allzu weit brauchte ich nicht zu suchen – der Stadtrat brauchte schliesslich Gründe für «keine Lust» und suchte sie in der Wissenschaft, aber allzu weit zu suchen - nee, keine Lust. Glück für mich, die erste Suchanfrage bei Google ergab bereits die besagte Studie, in Auftrag gegeben von der Kehrichtverbrennungsanlage Renergia Zentralschweiz. Und was für eine Studie! 120 Seiten stark, beginnend mit Ausgangslage, Grundlagen, Aufbau, Festlegung der Varianten, Kostenbetrachtungen, Resultate und abgeschlossen mit einem zu erwartenden Fazit – empirische Methoden 1. Semester, ein Bilderbuchbeispiel. Dazu farbige Kuchen- und Säulendiagramme, Berechnungen, Fließbilder und Tabellen, gäbe es eine Power-Point-Präsentation dazu, so würden die Titel vermutlich irgendwie „fancy“ ins Bild flattern. Kein Wunder, hat sich der Stadtrat für genau diese Studie entschieden. Dass die Studie gar nicht das aussagt, was der Stadtrat zitiert, merkt man jedoch erst, wenn man mehr als nur das „Abstract“ liest. Da es sich um eine Multikriterienanalyse handelt, werden die Bereiche Umwelt zu 50 %, Ökonomie zu 30 % und Gesellschaft zu 20 % gewichtet und mit unterschiedlichen Kriterien und Indikatoren auf einer ordinalen Skala konkretisiert. In allen Bereichen lassen sich demnach Punkte erzielen, die in die Gewichtung einfließen, soweit so gut.

Der Stadtrat meint aber: «Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Holsammlung von Mischkunststoffen mit anschliessendem Recycling aus Umweltsicht am besten abschneidet, gefolgt von der Entsorgung im Kehrichtsack...» Dies ist nur semikorrekt. Auf der Umweltskala schneidet das separate Sammeln von Kunststoffen mit grossem Vorsprung und 0.5 Punkten am besten ab, gefolgt von – Achtung! – der Entsorgung mit einer Kehrichtverbrennungsanlage „Renergia“, die eigentlich ein modernes Kraftwerk darstellt, das den Kehricht für die Produktion einer grossen Menge Strom produziert und Dampf für die Papierproduktion an die Perlen Papier AG PEPA liefert. Notabene in der Zentralschweiz, nicht in Zürich, nicht in Uster oder nicht in Hinwil. Mit einer konventionellen KVA ist die Entsorgung hingegen umwelttechnisch eine Katastrophe und schneidet mit 0.06 Punkten mit Abstand am schlechtesten ab. Wenn der Stadtrat im folgenden Bericht von «Entsorgung im Kehrichtsack» schreibt, bezieht er sich immer auf die Verwertung mittels Kraftwerk Renergia, die aber für Uster gar nicht in Frage kommt, da unser Kehricht mit einer konventionellen KVA verbrannt wird. Er vergleicht also das Sammeln von Kunststoffabfällen mit einer Option, die für Uster nicht möglich ist, statt mit der tatsächlichen Alternative heute, der konventionellen KVA. Und bei dieser sieht es umwelttechnisch so richtig düster aus. Die Studie sagt denn auch vor allem aus, dass die Renergia sowohl ökologisch als auch ökonomisch wesentlich besser abschneidet als eine konventionelle Anlage, was absolut stimmig ist, aber für unseren Fall hier leider keinen Mehrwert bringt. Ausserdem liefert sie weitere Evidenz dafür, wie massiv umweltschädlich die Verbrennung mittels konventioneller Anlage tatsächlich ist und stützt damit eher das Postulat.

Um auch noch eine Studie der EMPA (Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt) zu zitieren: Heute können rund 67 % der Sammelmenge stofflich verwertet werden und weil PET-Flaschen nach wie vor kostenlos entsorgt werden, werden sie nachweislich kaum in Kunststoffsäcken entsorgt. Angesichts dessen, dass pro Kopf in der Schweiz rund 730 kg Siedlungsabfälle anfallen (BAFU 2015) und im Ländervergleich nur Dänemark noch mehr produziert (OECD 2016), würde sich eine Verwertung von 67 % der Kunststoffe bereits massiv lohnen. Dass sich eine Verwertung von Kunststoffabfällen bewährt, zeigen zudem die 186 Gemeinden, die die separate Sammlung bereits selber eingeführt haben und dabei bleiben.

Dass damit jedoch ein gewisser Aufwand für den Stadtrat und gewisse Kosten verbunden sind und dass er dazu keine Lust hat, ist natürlich nachvollziehbar. Doch um dies auszudrücken, hätte es meines Erachtens keine Studien gebraucht. Wir Grünen lehnen den Antrag daher ab und fordern den Stadtrat dazu auf, sich bezüglich Kunststoffsammlung beispielsweise mit Wald oder Rapperswil auszutauschen, die das System bereits etabliert haben und eine Einführung in Uster in Betracht zu

ziehen. Wenn er sich im Zuge dessen auch gleich noch etwas mehr als das Fazit seiner zitierten Studie zu Gemüte führt, begrüsse ich persönlich dies ganz besonders. Und wer meinen zitierten Studien nicht so richtig über den Weg traut – gerne deponiere ich sie für alle Interessierten in Farbdruck in der Aktenaufgabe.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Vorab muss ich Kollegin Meret Schneider recht geben, weil Verbrennung keine gute Lösung ist. Das ist aber nicht das Thema, sondern es geht um das Postulat 538/2015. Die SVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Abteilung Gesundheit für den vorgelegten Bericht, welchen wir als pragmatischen Ansatz begrüssen. Wie bereits durch die SVP/EDU-Fraktion in der Ratssitzung vom Februar 2016 erwähnt, begrüssen wir grundsätzlich, dass Kunststoffe wo möglich, als wiederverwertbare Wertstoffe einer Wiederverwendung zugeführt werden.*

Angesichts der beengten Verhältnisse der aktuellen Hauptsammelstelle sowie der unklaren Situation bezüglich Sammellösungen, sehen wir die Prüfung bezüglich einer Einführung einer zentralen Sammlung an der geplanten neuen Hauptsammelstelle Loren als guten Weg an. Dies nicht zuletzt da bereits jetzt seitens der Grossverteiler Sammelgelegenheiten für Polycarbonat, PVC und Polypropylen angeboten werden (nebst PET).

Wir möchten nochmals festhalten, dass es für die SVP/EDU-Fraktion wichtig ist, dass die Stadt Hand bietet, eine allfällige Abfallsack-Tour jedoch nicht selber organisiert. Die Sammlung sollte grundsätzlich und ausschliesslich von Privaten, durch einen privaten Partner oder durch eine private Firma aus unserer Region durchgeführt werden.

Angesichts der Aktualität des Themas und des sich bewegenden Kunststoffmarkts, tun sich hier möglicherweise bereits neue Lösungen auf, noch bevor die neue Hauptsammelstelle realisiert wurde. Dies wäre aus unserer Sicht die wünschenswerte Lösung, welche die Stadt nicht zusätzlich belastet dem Wunsch nach Abfallreduzierung nachkommt und somit nebst der Umwelt auch persönlichen ökonomischen Aspekten dient.

Win-Win für alle statt für wenige sozusagen.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Besten Dank, liebe Meret Schneider, für Deine Ausführungen. Neben ökologischen Kriterien sind auch ökonomische zu berücksichtigen. Wir können nicht einfach eine Mulde aufstellen. Die Haltung des Stadtrates ist richtig, ihr kann darum zugestimmt werden.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 27:8 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 538/2015 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Postulat 575/2016 von Richard Sägeser (FDP): Konkretisierung Schulraumstrategie für Uster

Richard Sägeser (FDP) hat am 30. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zusammen mit der SSU und der PSU die Schulraumstrategie dahin gehend zu konkretisieren, dass der Ausbaubedarf örtlich und zeitlich klar festgelegt werden kann. Der Bericht soll mindestens den Zeitraum bis 2030/2031 umfassen.

Begründung

Der Stadt Uster fehlt ein langfristiges Ausbauprogramm für die Schulraumstrategie. Im Rahmen verschiedener Planungen wird von unterschiedlicher Seite Schulraumbedarf geltend gemacht. Eine fundierte Entscheidungsgrundlage dafür fehlt aber. Die langjährigen Planungs- und Realisierungsverfahren von Schulhausbauten erfordern eine langfristige Bedarfsermittlung. Zusammengefasst ist im Bericht aufzuzeigen, in welchem Zeitraum und an welchen Orten wie viel neuer Schulraum (inkl. Turnhallen, Tagesstrukturen etc.) erforderlich ist und wie dieser Bedarf gedeckt werden kann (Aufstockung bestehende SH, Pavillonbauten auf SH-Gelände, neue Anlagen). Basierend auf der möglichen Siedlungsentwicklung sind nötigenfalls Minimal- und Maximalszenarien vorzulegen. Dabei sind Alternativen zu neuen Schulhausbauten wie eine Anpassung der Schulkreise, Synergien zwischen SSU und PSU oder andere organisatorische Massnahmen zu berücksichtigen. Der Bericht soll – sofern nötig – mögliche neue Standorte evaluieren und den Mittelbedarf für zusätzliche Infrastrukturen grob beziffern (allenfalls in Szenarien).

Im Bericht ist das Potenzial von Pavillonbauten zu prüfen. Entgegen der bisherigen Praxis der Stadt Uster könnten sie grundsätzlich auch unbefristet bewilligt werden. Wie in der Stadt Zürich sollen Pavillonbauten aus diesen Gründen fester Bestandteil der Schulraumstrategie der Stadt Uster sein. Im Bericht ist zu prüfen, ob – wie in der Stadt Zürich – ein Rahmenkredit sinnvoll wäre, um die Flexibilität bei der Bereitstellung der Pavillons zusätzlich zu erhöhen.

Der Bericht ist ca. alle 4 Jahre auf seine Aktualität hin überprüft werden

Richard **Sägeser** (FDP) begründet das Postulat: *Die Schulraumplanung hat diesen Rat in der Vergangenheit schon verschiedentlich beschäftigt und mein Postulat ist ja auch nicht der erste Vorstoss zu diesem Thema. Vielleicht liegt es daran, dass Planung nur der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum ist, wie böse Zungen behaupten.*

Warum ein neues Postulat? Der Entwurf lag schon länger in meiner Schublade. Auslöser für die Einreichung waren schliesslich Forderungen nach Schulraum im Zusammenhang mit verschiedenen Planungen in unserer Stadt, sei es im Zeughaus, sei es beim heutigen Stadthofsaal oder beim Park am Aabach.

Ja, brauchen wir denn künftig ein weiteres Schulhaus? Dazu ein Zitat: „Nach dem Bau des Schulhauses Krämeracker muss die Primarschule Uster keine weiteren Schulhäuser mehr bauen.“ Dieser Satz stammt nicht von mir, sondern aus dem Bericht des Stadtrats zum Postulat 585/2009 von Regula Trüb Murbach und Rolf Graf. Der Satz ist erst 7 Jahre alt. Die oben genannten Forderungen zeigen aber klar, dass in unseren Reihen offenbar Zweifel an dieser Einschätzung bestehen. Auch ich gehe offen gesagt davon aus, dass die Bevölkerungs- und Schülerzahlprognose, die der damaligen Aussage zugrunde lagen, nicht mehr aktuell ist.

Und wenn keine klaren Vorstellungen darüber bestehen, wo und wie tatsächlich Schulraum bereit gestellt werden muss, so kann und wird dieses Argument zum Hindernis der Stadtentwicklung. Das stört mich. Und ich erachte es auch nicht als sinnvoll, dass wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte uns so zur Schulraumplanungsbehörde machen. Beim Stadtrat und den Schulbehörden ist das Thema besser aufgehoben. In dieser Hinsicht ist das Kernanliegen meines Postulats nicht primär ein politisches, sondern ein planerisches.

Die PSU verfügt heute über eine gute Schülerprognose, die periodisch fortgeschrieben wird. Diese möchte ich nicht in Frage stellen, im Gegenteil. Diese Prognose ist eine solide Basis, die der Beantwortung des Postulats zugrunde gelegt werden soll. Sie reicht aber nicht. Ich möchte, dass der Stadtrat darlegt, wie der Schulraumbedarf der PSU und der SSU im Zeitraum bis ca. 2030/2031 konkret gedeckt werden soll, also, wo und wie welche Kapazitäten bereitgestellt werden sollen. Es geht mir hierbei natürlich nicht um Bauprojekte, sondern um Machbarkeitsüberlegungen und konkrete Absichten. Wo können bestehende Schulhäuser aufgestockt werden? Wo kann mit organisatorischen Massnahmen Abhilfe geschaffen werden? Ich denke da an die Schulkreiseinteilung oder an die Mehrfachnutzung von Räumen und Infrastrukturen. Wo kann mit Pavillons Abhilfe geschaffen werden? Und wo ist allenfalls tatsächlich ein neues Schulhaus nötig und wo genau kann und soll es hingestellt werden? Verfügt die Stadt über geeignetes Land oder nicht?

Bei all dem geht es nicht nur um Klassenzimmer, sondern natürlich auch um zugehörige Sportanlagen und Räume für die Tagesstrukturen. Und organisatorische Massnahmen sollen aus Kostengründen Vorrang haben vor neuen Infrastrukturen.

Und nun noch ein Wort zu den Pavillons: Pavillonbauten eignen sich dazu, um Spitzen in der Schülerzahlentwicklung zu brechen und um Zusatzkapazitäten bei bestehenden Schulhäusern zu schaffen. Unsere Stadt hat schon verschiedentlich positive Erfahrungen mit Schulhauspavillons gemacht. Pavillonbauten können flexibel, rasch und kostengünstig bereitgestellt werden und bieten gute und angenehme Schulräume. Ich kenne das aus eigener Erfahrung mit meinen beiden Söhnen. Natürlich wird es auf dem Pausenplatz dadurch vielleicht etwas enger. Damit haben vielleicht gewisse Eltern Mühe, weniger aber ihre Kinder. Diese machen den Prozess der inneren Verdichtung, der unseren Siedlungsraum längst erfasst hat, auch im Schulhaus problemlos mit. Die Stadt Zürich, die sonst nicht bekannt ist für günstige Schulhäuser, ist uns hier voraus. Pavillons sind dort fester Bestandteil der Schulraumstrategie. Sie werden dort – anders als in Uster – grundsätzlich auch unbefristet bewilligt und der baurechtliche Rahmen wird somit ausgenützt. Der Stadtrat von Zürich verfügt zudem über einen Rahmenkredit, um die Flexibilität, die Pavillonbauten bieten, auch voll ausschöpfen zu können. Ich möchte vom Stadtrat wissen, ob er ein solches Instrument auch für Uster für zweckmässig hält.

Als Ergebnis des Postulats erwarte ich eine aussagekräftige Planungsgrundlage für unsere Schulinfrastruktur. Das liegt im Interesse von uns allen. Ich bitte Euch daher, es zu unterstützen, und danke dem Stadtrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme.

Die Abteilungsvorsteherin Bildung, Stadträtin Patricia **Bernet**, erklärt: *Der Stadtrat ist zur Entgegennahme des Postulats bereit. Damit werden offene Türen eingerrannt, denn wir arbeiten bereits an diesen Fragen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Schade, dass es dieses Postulat überhaupt braucht. Kann es wirklich sein, dass in der Schulverwaltung bislang niemand daran gedacht hat, für den langfristigen Ausbau der Primar- und der Sekundarschule Uster eine Schulraumstrategie zu entwickeln? Kann es sein, dass dies noch ein Versäumnis aus der Zeit der Vorgängerin der aktuellen Abteilungsleiterin Bildung ist?*

Uns Grünen ist klar, dass durch das stete Wachstum der Ustermer Bevölkerung in den letzten Jahren eine Planung für die Schulverwaltung zu einer besonders grossen Herausforderung wurde. Kommt hinzu, dass der Reboot beim Schulhaus Krämeracker zum Bau zahlreicher Pavillonbauten führte. Wenn das Schulhaus dereinst fertig gebaut sein wird, werden seine Kapazitäten kaum ausreichen, um sämtliche Pavillons zum Verschwinden zu bringen. Weil auch die Schülerzahlen weiter steigen, muss bereits jetzt der Bau des nächsten Schulhauses geplant werden. Parallel dazu muss aber eine mittelfristige Schulraumstrategie entwickelt werden, so wie sie das Postulat fordert. Deshalb unterstützen wir Grünen diesen Vorstoss.

Wir Grünen können es uns auch vorstellen, dass Pavillonbauten künftig unbefristet bewilligt werden. Denn diese können durchaus ein geeignetes Instrument sein, um auf vorübergehende Spitzenwerte bei den Schülerzahlen zu reagieren. Es ist ja kaum davon auszugehen, dass die Schülerzahlen kontinuierlich weitersteigen. Voraussetzung für solche unbefristete Pavillonbauten muss aber sein, dass diese die Anforderungen an eine energetisch nachhaltige Bauweise erfüllen.

Aber eigentlich war der wichtigste Satz der erste. Deshalb wiederhole ich ihn zum Schluss nochmals: Schade, dass es dieses Postulat überhaupt braucht.

Für die SP-Fraktion referiert Kathrin **Agosti**: *Mit den Wachstumsprognosen, die Uster hat, ist es ganz klar, dass es schon bald zusätzlich zum neuen Schulhaus Krämeracker Schulraum braucht und die Planung dafür beginnen muss. Es ist deshalb wichtig und dringend, bald eine konsistente Schulraumstrategie zu haben. Das Postulat beschleunigt den Prozess und wir unterstützen es deshalb. An unserer letzten Fraktionssitzung, wo es um den Gestaltungsplan „Park am Aabach“ ging, hat uns der ehemalige Stadtplaner aufgezeigt, dass es in der kommunalen Richtplanung eigentlich eine Schulraumplanung gibt. Dort sind nämlich Ersatzflächen für Schulhausbauten vorgesehen.*

Der kommunale Richtplan ist aber doch schon mehr als 30 Jahre alt und es fragt sich, ob die vorgesehenen peripheren Standorte für zukünftige Schulhäuser (Wermatswil, Nossikon, Nänikon, Sunneberg) geeignet sind. Das bezweifeln wir. Wir glauben, dass zentrale Standorte besser sind. Unter anderem, weil bei Änderungen der Schülerzahlen in einzelnen Quartieren die Einzugsgebiete einfacher angepasst werden können. Auch mit den Tagesstrukturen haben sich die Bedürfnisse der Schule geändert: Die Kinder sind länger in und um die Schule. Damit wird auch der Aussenraum wichtiger und der Verdichtung auf bestehenden Schulhausarealen sind deshalb Grenzen gesetzt. Es mag sein, dass die Kinder die Verdichtung auf dem Pausenplatz gut aushalten. Für uns ist auch wichtig, dass mit der Schulraumstrategie in Bezug auf den Standort „Park am Aabach“ aufgezeigt wird, ob sich dieser für ein Schulhausbau eignet. Es wäre noch einer der wenigen zentralen Standorte, die in Frage kämen.

Auf solche Fragen erwarten wir uns Antworten und unterstützen deshalb das Postulat.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räubtlin** (Grünliberale): *Am 19. März 2012 hat in diesem Saal der Gemeinderat die Schulraumstrategie 2012-2022 der Primarschulpflege und der Sekundarschulpflege einstimmig zur Kenntnis genommen. Es war das letzte, oder vermutlich sogar das einzige Mal, dass dem Gemeinderat eine solche Schulraumplanung vorgelegt wurde. In diesem Antrag vom November 2011 wurde uns versprochen, dass die Schulraumstrategie jährlich aktualisiert wird und dem Gemeinderat vorgelegt werde. Originalton aus dem Antrag: «Im November 2012 kann dem Gemeinderat die Schulraumstrategie 2013 der Primarschule und der Sekundarstufe zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.»*

Offensichtlich braucht es also dringend dieses Postulat, um die beiden Schulpflegen an ihr Versprechen zu erinnern. Es wurden uns zwar zwischendurch mal aktualisierte Schülerzahlen in der Kommission Bildung und Kultur (KBK) vorgelegt. Aber auf eine aktualisierte Planung, die den Ausbaubedarf auch örtlich aufzeigt warten wir seit nunmehr fünf Jahren vergeblich. Die Forderung des Postulats kann unsere Fraktion deshalb vollumfänglich unterstützen.

Bei den Argumenten in der Begründung gibt es allerdings auch kleine Differenzen zu den Wünschen der FDP. Aufgezeigt werden soll in der Postulatsantwort ganz klar, im welchen Zeitraum und an welchen Ort welcher neue Schulraum erforderlich ist. Wesentlich sind hier neben Klassen- und Gruppenräumen vor allem auch Turnhallen und Aussenräume. Entgegen dem Wunsch der FDP sollen aus unserer Sicht aber Pavillonbauten nur sehr zurückhaltend eingesetzt werden, um für kurze Dauer Schüler spitzen bei einzelnen Schulanlagen aufzufangen. Denn Pavillonbauten werden in der Regel auf dem ohnehin meist knapp bemessenen Aussenraum aufgestellt, der dann den Schülern in den Pausen fehlt. Grössere Schülerzahlen auf kleinerem Aussenraum können zu zunehmenden Konflikten führen und das Klima im ganzen Schulhaus nachhaltig negativ beeinträchtigen. Steigende Kosten in der Schulsozialarbeit und für sonderpädagogische Massnahmen lassen grüssen. Pavillons können deshalb nie eine gut und sorgfältig geplante Schulanlage ersetzen.

Schulraumplanung ist eine rollende Planung, die nicht eine ganze Legislatur auf die Aktualisierung warten kann. Aus unserer Sicht ist diese Planung wie im November 2011 versprochen jährlich zu aktualisieren.

Unsere Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig und mit Überzeugung.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:

- 1. Das Postulat 575/2016 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

8 Postulat 576/2016 von Daniel Pellegrini (FDP): Erstellen eines Parkhauses im Buchholz sowie eines Sport- und Tagungshotels

Daniel Pellegrini (FDP) hat am 24. Juni 2016 folgendes Postulat eingereicht:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, auf dem Areal des Buchholzes ein Parkhaus zu erstellen. Dieses Parkhaus soll durch einen privaten Investor gebaut und betrieben werden und die Stadt Uster gibt hierfür das Land im Baurecht ab. Die bestehenden Parkplätze würden zugunsten von anderweitig nutzbaren Flächen weichen. Zusätzlich soll der Stadtrat prüfen, ob ein privater Investor ein Sport- und Tagungshotel auf dem Areal zusammen mit einem Parkhaus erstellen und betreiben könnte. Auch hier gibt die Stadt Uster das benötigte Land im Baurecht ab.

Begründung Parkhaus

Verdichtetes Bauen soll auch für Parkplätze gelten. Das Areal im Buchholz wird in Zukunft immer intensiver genutzt und bei jedem weiteren Angebot steigt auch der Bedarf an Parkplätzen. Anstatt jedoch den zusätzlich benötigten Platz für Parkplätze einfach zubetonieren zu müssen, kann mit einem Parkhaus die optimale Ausnutzung erreicht werden, indem man in die Höhe baut und nicht in die Breite. Zudem kann so die Anzahl der Parkplätze einfacher reguliert werden und die Parkplatzgebühren würden einem privatwirtschaftlichen System zugeführt, welches Angebot und Nachfrage selber regeln kann.

Das Parkhaus selber kann bspw. auch bei Grossanlässen im Stadtzentrum (bspw. Greifenseelauf) als Parkplatz dienen für die Auswärtigen, welche dann mit dem öffentlichen Verkehr in das Zentrum transportiert werden können.

Verschiedene Gemeinden in der Schweiz haben so erfolgreich ein Parkhaus realisieren können, welches von privater Hand finanziert und betrieben wurde. Das Buchholz garantiert einem privaten Investor eine ständige Nutzung, sofern sich die Preise in einem annehmbaren Rahmen befinden.

Des Weiteren entfällt auch eine Verkehrsregelung bei Grossanlässen im Buchholz. So könnte gleich ein Parkleitsystem „light“ eingeführt werden, damit auch der Suchverkehr in den Quartieren ein Ende hat und den Besuchern ein „frustfreies“ Parkieren in Uster ermöglicht – siehe auch Postulat 563 „Parkleitsystem für Uster“.

Begründung Sport- und Tagungshotel

Durch die Konzentration von diversen Sportanlagen sowie dem renovierten Hallenbad inkl. Wellnessbereich bietet sich das Buchholz an, eine Übernachtungsmöglichkeit für auswärtige Sportinteressierte, Sportlager für Vereine, Athleten von nationalen und internationalen Wettkämpfen, etc. gleich vor Ort anzubieten.

Dies wäre ein weiterer Schritt zur Sportstadt und zum Sportcluster im Zürcher Oberland: Hallenbad, Fussballplätze, Lauf- und Finnenbahn, Vitaparcours, Sportschule, Kletter- und Squashhalle, Badminton- und Tennishalle, Reithalle, Minigolf, Sporthalle, Stadion, Bocciaanlage, Trendsportplatz.

Des Weiteren bestünde die Möglichkeit im gleichen Bauvorhaben ein Tagungszentrum im Hotelkomplex zu realisieren für eine bessere Auslastung und Wirtschaftlichkeit des Betreibers. Tagungen, Kongresse und Meetings sind ein Tourismuswachstumsmarkt. Das Tagungszentrum hätte eine hervorragende Anbindung an den öffentlichen sowie individuellen Verkehr und wäre mit dem Sportangebot sehr attraktiv gegenüber anderen Tagungszentren speziell in der Stadt Zürich.

Daniel **Pellegrini** (FDP) begründet das Postulat: *Vor knapp zwei Monaten hat in genau diesem Saal die SVP zusammen mit der SP die Heusser-Staub-Wiese als Fussballwiese beerdigt. Zusammen mit dem Stadtrat wollen sie eine Konzentration des Fussballs im Buchholz. Die beiden Parteien mögen ihre Gründe gehabt haben – die Folge ist, dass in naher Zukunft 600 Fussballspielerinnen und Fussballspieler mehr auf dem Buchholz trainieren werden. Nicht zu vergessen sind natürlich auch die Meisterschaftsspiele, welche bisher in der Heusser-Staub-Wiese ausgetragen wurden, diese finden nun ebenfalls im Buchholz statt. Was ich damit ausdrücken möchte ist, dass das Buchholz wegen der Konzentration des Fussballs die Parkplätze noch mehr ausbauen muss. Wo früher die Kinder alleine mit dem Velo in die Heusser-Staub-Wiese fuhren, werden sie morgen wahrscheinlich vom Mami-Papi-Taxi gefahren. Die Fussball-Gegner aus den Meisterschaftsspielen, welche heute praktisch ausnahmslos mit dem Auto anreisen, werden dies auch morgen noch tun.*

Da frage ich mich: Wie sieht denn die Parkplatzsituation in einigen Jahren im Buchholz aus? Wie viele zusätzliche Parkplätze werden gebaut und vor allem wo?

Aufgrund der Schwimmbaderweiterung wurden bereits 32 neue Parkplätze geschaffen. Das Parkieren findet neu auf 8'500 m² statt. Nicht zu vergessen sind die Parkplätze, welche bei Grossanlässen auf dem Trendsportplatz zusätzlich freigemacht werden. Das sind dann nochmals knapp 1'800 m². Somit kann heute auf 10'000 m² parkiert werden und notfalls hat ja die Reithalle auch noch Parkplätze.

Diese 10000 m² können wahrscheinlich sinnvoller genutzt werden als für Parkfelder. Die Bevölkerungsentwicklung in Uster – wir haben es heute bereits mehrmals gehört - bleibt auch in den nächsten Jahren nicht stehen, so wird sich das Sportangebot wohl auch vergrössern und der Platz wird auch auf dem Buchholz irgendwann knapp. Die Platzknappheit wird noch zusätzlich beschleunigt mit der geplanten Konzentration des Fussballs im Buchholz.

Soweit ich informiert bin, führt die Stadt mit der neuen Parkierungsverordnung beim Eingang zum Buchholz eine Parkschanke ein: Parkticket ziehen, parkieren, dann am Schluss bezahlen und wieder raus. Also der gleiche Ablauf wie bei einem Parkhaus – da können sich die autofahrenden Sportlerinnen und Sportler oder deren Zuschauer schon mal daran gewöhnen.

Ich bin kein Bauexperte und schon gar nicht für Parkhäuser, aber meine sehr grobe Schätzung geht davon aus, dass man für ein „unser“ Parkhaus ca. 2000 m² Fläche braucht. So wären dann pro Etage ca. 100 Parkplätze möglich. Ständig wird davon gesprochen, dass verdichtetes Wohnen immer wichtiger wird, wieso dann nicht auch für Parkplätze? Und ja, noch besser wäre, wenn man das Parkhaus sogar unterirdisch machen könnte, aber aufgrund des Grundwasserspiegels und der Kosten ist das leider nicht möglich. Ein Parkhaus in Stahlbauweise beispielsweise ist wirtschaftlich, nachhaltig und sicher und für 3 Etagen bedarf es einer Investition von 2-3 Millionen Franken, je nachdem wer baut. Bei Bedarf kann die Anzahl Parkplätze erhöht werden, indem man noch eine Etage aufstockt. Wie in meinem Postulat geschrieben, möchte ich, dass der Stadtrat die Investition nicht selbst tätigt. Es soll ein privater Investor gefunden werden, welcher das Parkhaus baut und betreibt. Die Stadt soll dem Investor das Land zum Baurechtszins abgeben für eine Dauer von beispielsweise 20 Jahren.

Übrigens, mit dem Parkhaus findet auch eine natürliche Selektion seitens Benutzer der Sportanlagen statt. Ein privates Parkhaus wird sicherlich höhere Parkgebühren verlangen müssen, um die Investitionen irgendwann wieder einzubringen. Ich rechne nicht mit Preisen wie in der Stadt Zürich, aber ein Verdoppeln der in der neuen Parkierungsverordnung vorgesehenen Tarife auf öffentlichen Grund der Stadt Uster sind auf jeden Fall denkbar. Dies wiederum würde vielleicht den einen oder anderen davon überzeugen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen oder mit dem Fahrrad.

Eine weitere Überlegung, welche zugunsten eines Parkhauses spricht, ist, wie dies im Beschluss des Stadtrates erwähnt wird: ein Parkhaus in der Peripherie mit guter ÖV-Anbindung bietet die Chance, den motorisierten Verkehr aus dem Zentrum zu halten. So gesehen eigentlich ein perfekte Kombination.

Auch die schichtarbeitenden Angestellten des Spital Usters hätten so eine Möglichkeit Parkplätze im Parkhaus zu mieten. Die Parkplätze bei der Reithalle werden demnächst auch kostenpflichtig, so zwingt dies die Mitarbeitende des Spitals sich nach einer neuen Lösung umzuschauen.

Ein Sporthotel soll zusätzlich geprüft werden, ist aber nicht meine erste Priorität. Der Anziehungskraft würde es sicherlich gut tun, wenn es im Ustermer Sportzentrum auch ein Hotel hat, welches auswärtigen Sportvereinen, Athleten von nationalen und internationalen Wettbewerben sowie sonstigen Sportinteressierten eine Übernachtungsmöglichkeit bieten würde. Sportlager könnten neu auch in Uster durchgeführt werden, und zwar mitten im Ort des Geschehens. Die Stadt Uster profitiert auch finanziell von der zusätzlichen Vermietung der Infrastruktur. Das Sporthotel hätte eine gesteigerte Attraktivität der Stadt Uster mit überregionalem Charakter zur Folge. Wir wären nicht das neue Magglingen, würden aber in diese Richtung gehen können.

Ich möchte den Rat daran erinnern, dass mit einer Überweisung eines Postulats noch nicht die Baueingabe für das Parkhaus oder das Hotel beschlossen wird. Der Stadtrat wird „nur“ einen Bericht verfassen, ob die Möglichkeit überhaupt bestünde, in dieser Richtung etwas zu tun. Es ist somit noch keine Aufforderung dies auch umzusetzen. Ich erhoffe mir aus dem Bericht eine Machbarkeitsstudie zu erhalten mit einer ungefähren Kostenfolge für die Stadt sowie vielleicht schon ein bis zwei Interessenten für das Parkhaus und eventuell auch für das Sporthotel. Wie der Stadtrat mit dem Beschluss 522 bereits erwähnt hat, ist er bereit das Postulat entgegenzunehmen, um die Sachlage sorgfältig zu prüfen und dem Vorhaben selber eine Chance zuzurechnen oder eben nicht. Man kann für oder gegen den Bau eines Parkhauses oder Sporthotels sein, aber mit dem Bericht seitens Stadtrats wissen wir wenigstens, ob es überhaupt möglich wäre!

Kurz zusammengefasst zu später Stunde:

- ein Parkhaus im Buchholz macht aus ökologischen und aus Gründen der Bodenknappheit Sinn
- ein Sporthotel steigert die Attraktivität Usters

Ich hoffe, dass der Stadtrat in seiner Befugnis, trotz einer allfälligen Ablehnung des Postulats, die Umsetzung eines Parkhauses prüft. Dem steht ja grundsätzlich nichts entgegen. In diesem Sinne, hoffe ich auf einen nachhaltigen und ökologischen Entscheid seitens des Gemeinderats.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Als Grüne mit der FDP einer Meinung zu sein – da beschleicht mich immer ein mulmiges Gefühl, so ähnlich wie wenn ich zu Andreas Thiels Auftritten gehe und ihn auch noch witzig finde. Aber wo keine Haare in der Suppe schwimmen, braucht man auch keine reinzustreuen, daher einmal das wohlbeschriftete, gedankliche Schubladensystem revidiert (kann ich übrigens nur empfehlen, was man in solchen Schubladen nicht alles findet...) und das Postulat neu gelesen.*

Doch, gewogen, gewogen und für sinnvoll befunden. Die Errichtung eines Parkhauses entspricht genau unseren Vorstellungen von verdichtetem Bauen und dass der Urheber des Postulats sogar selber darauf hinweist, dass dafür die bestehenden Parkplätze aufgehoben werden und die Flächen anderweitig genutzt werden können, nimmt mir jeglichen Wind aus den FDP-kritischen Segeln. Wichtig dabei ist natürlich, das netto am Schluss nicht mehr Parkplätze existieren als es bereits heute der Fall ist – man könnte ja zum Ausgleich auch im Zentrum noch welche aufheben, das würde sich sogar anbieten. Etwas weiter gedacht, ist dies sogar ein Schritt in Richtung autofreies Zentrum, wie es beispielsweise in einer anderen Stadt am Wasser bereits der Fall ist. In Venedig beispielsweise werden die Autos an der Peripherie parkiert und das Zentrum ist autofrei. Um etwas weniger fern zu schweifen wären auch Täsch oder Saas Fee als Schweizer Exemplare zu nennen, die dieses Prinzip ohne die ganzen Kanäle und das ganze Wasser eingeführt haben, was sich auf die Lebensqualität enorm positiv auswirkt. Aber soweit brauche ich hier noch gar nicht zu gehen, im Moment reicht es, das Postulat zu überweisen und die Einigkeit mit der FDP zu geniessen.

Last but not least: Es hüpfert mein Herz, dass damit auch Wolfgang Harder nach seinem flammenden Votum noch zu seinem Parkleitsystem light gelangen könnte und wir damit eine parteiübergreifende Harmonie hergestellt haben, die wir so kurz vor der Budgetdebatte noch auskosten sollten.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Daniel Pellegrini hat ein Postulat eingereicht, in welchem er Abklärungen zu einem Parkhaus und einem Sport- und Tauchungshotel fordert. In rund einem Monat wird das grösste Schwimmsportzentrum der Schweiz in Uster eingeweiht. Da wir das Schwimmbad so vergrössert haben, dass wir dafür kantonale und nationale Gelder erhalten haben, werden vermehrt in Uster nationale und internationale Schwimmsportwettkämpfe stattfinden. Ein nahegelegenes Sporthotel wäre da sicher erwünscht, auch wenn wir dieses in einer frühen Phase bei der Hallenbadsanierung aus dem Bauprogramm gestrichen haben.*

Auch die Parkplatzfrage wird immer gestellt, wenn das Sportzentrum Buchholz das Thema ist. Nun wissen wir aber, dass das Buchholz in einem Gebiet mit Grundwasserströmen liegt. Allzu tief in den Boden hinein wird ein allfälliges Parkhaus also nicht gebaut werden können. Aber schon ein Niveau unter dem Boden gäbe doch etwas her.

Wird sich der Bau von Parkhaus und Hotel rentieren? Und wer soll denn hier investieren? Wäre es nicht denkbar, dass die internationale Sportelite, welche sich im Buchholz misst entweder nobel in Flughafen-Nähe in einem Hotel absteigt und sich mit dem Hotelbus zum neuen Schwimmsportzentrum fahren lässt? Oder gar in HB-Nähe im 5-Sterne-Hotel übernachtet und mit S5 oder S15 und dem neuen Sportzentrum-Bus anreist?

Das Ergebnis des überwiesenen Postulats wäre aber ja nicht – wie Daniel Pellegrini bereits erwähnt hat - ein Parkhaus und ein Hotel, sondern ein simpler Bericht, welcher aufzeigen würde, ob und wie Parkhaus und Hotel gebaut werden könnten. Das heisst nichts anderes, dass der Gemeinderat nach dem Studieren dieses Berichts etwas gescheiter sein wird, als er es heute ist. Und wer kann schon etwas dagegen haben, gescheiter zu werden? In diesem Sinne überweist unsere Fraktion das Postulat.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Ich möchte nur ein paar wenige Worte verlieren, denn die SVP/EDU-Fraktion sieht dieses Anliegen weder als realistisch noch als überhaupt prüfenswert an. Zumal diese Idee ja nichts Neues ist und schon vor einigen Jahren verworfen wurde. Es ist nicht ersichtlich, wie das Ganze je auf einen grünen Zweig gebracht werden könnte. Wenn die Rentabilität auch nur wahrscheinlich wäre, hätten schon lange private Unternehmen bei der Stadt Uster angeklopft. Aber Hindernisse wie eine mögliche UVP bei einer grösseren Anzahl Parkplätze und die fehlende tägliche Nachfrage nach dem geforderten Angebot liegen ja eigentlich auf der Hand. Zudem ist das Gebiet in der Zone für öffentliche Bauten, was ein solches Vorhaben ja vermutlich gar nicht zulassen würde. Kurzum, die SVP/EDU-Fraktion ist der Ansicht, dass wir uns den Aufwand für die geforderten Abklärungen sparen können.*

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, Stadträtin Esther **Rickenbacher**, erklärt: *Der Stadtrat ist zur Entgegennahme des Postulats bereit.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 14:18 Stimmen:

- 1. Das Postulat 576/2016 wird **a b g e l e h n t** .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Kenntnismnahmen

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 26. September 2016 sind beim Bezirksrat Uster bis 11. November 2016 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

583/2016

Anfrage Markus Wanner (SP) vom 20. Oktober 2016:

Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf die Stadt Uster

Der Stadtrat hat folgende Anfrage beantwortet:

579/2016

Anfrage von Ivo Koller (BDP) vom 24. August 2016:

Bestehender Kunstrasenplatz – wie weiter?

(Stadtratsbeschluss vom 8. November 2016)

Der Stadtrat hat mit Beschluss 472 vom 30. August 2016 die öffentliche Aktenauflage, Handhabungspraxis der Geschäftsfelder Stadtraum und Natur sowie Infrastrukturbau und Unterhalt mit Wirkung, neu geregelt, wovon die Geschäftsleitung am 2. November 2016 Kenntnis genommen hat:

1. Der «Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen» wird dem Gemeinderat zusammen mit der Weisung und allfälligem Situationsplan digital überwiesen. Die Unterlagen werden in der Folge durch die Leistungsgruppe Parlamentarische Dienste aufgeschaltet und sind somit für jedermann öffentlich zugänglich.
2. Die Einwendungen werden im «Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen» in Zukunft anonymisiert.
3. Die Begründungen der jeweiligen Einwendungen werden durch die Abteilung Bau auf das absolut Wesentlichste gekürzt.
4. Der Originaltext der eingereichten Einwendungen wird dem Gemeinderat in 1-facher Ausführung zuhanden der Aktenauflage zur Verfügung gestellt.
5. Sämtliche Planaufgaben der Geschäftsfelder Stadtraum und Natur sowie Infrastrukturbau und Unterhalt werden während der Auflagefrist digital aufgeschaltet.
6. Der Vollzug liegt bei der Abteilung Bau und erfolgt ab 1. Januar 2017.
7. Im Rahmen der Überarbeitung der Homepage der Stadt Uster ist eine benutzerfreundliche Plattform für die aktuellen Geschäfte bereitzustellen.

Die Mitglieder des Gemeinderates haben erhalten

- am 8. November 2016 die Einladung der Schützengesellschaft Uster zum Ustertag-Schiessen von Samstag, 19. November 2016, 11 Uhr;
- am 8. November 2016 die Einladung von Stadträtin Esther Rickenbacher, Präsidentin Baukommission Hallenbad, zur Eröffnung des Hallenbads von Freitag, 2. Dezember 2016, 16 Uhr;
- am 14. November 2016 die Einladung des Stadtrates zum Neujahrsempfang von Montag, 2. Januar 2017, 16:30 Uhr.

Die nächsten Sitzungen des Gemeinderates finden am 5. Dezember 2016 (Doppelsitzung) und am 12. Dezember 2016 (Reservesitzung) statt.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

27.11.2016

Der Präsident
Hans Keel

28.11.2016

Die Stimmzählerin und die Stimmzähler
Thomas Wüthrich

Ursula Räuftlin

Theo Zwald